

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: vierteljährlich 1.50 RM, monatlich 0.50 RM, wöchentlich 20 Pf. frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement: 1.50 RM pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat.
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhalten! Wgha.

Der Anzeigenpreis
 Beträgt für die siebenstellige Kolonnenzeile 60 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zuzüglich 2 festgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengruppe und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungszuschlag 20%. Politische u. gewerkschaftliche Anzeigen die siebenstellige Kolonnenzeile 40 Pf., Familienanzeigen 50 Pf. Kineten für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Geschäfts-Expedition abgegeben werden. Geöffnet bis 8 Uhr (schl. bis 7 Uhr abends).

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonntagsredaktion: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Ministerpräsident Kerenski.

Petersburg, 21. Juli. Neutermeldung. Die „Börsezeitung“ meldet, daß der Ministerpräsident Lwow zurückgetreten ist. Kerenski wurde zum Ministerpräsidenten ernannt und bleibt vorläufig auch Kriegsminister. Tjerebelli wurde Minister des Innern und bleibt gleichzeitig Minister für Post und Telegraphie. Nekrasow wurde provisorisch zum Justizminister ernannt.

Mit einer Schnelligkeit, wie sie nur revolutionären Zeitläuften eigen ist, der junge Rechtsanwält und Führer der kleinen Dumafraktion der Trudowski zum höchsten Amt in seinem Vaterlande emporgestiegen. Aber nicht weniger bemerkenswert als die Schnelligkeit der äußeren Laufbahn ist die stürmische Eile, mit der sich die innere Entwicklung dieses Politikers vollzogen hat. Der Kreditverweigerer wandelte sich in wenigen Wochen zum Kriegsminister, der an der Front von Regiment zu Regiment jagt, um die Truppen durch machtvollere Rede zum Kampfe anzuspornen. Und der Revolutionär von gestern ist der Mann der Ordnung von heute, der alle Versuche, diese zu erschüttern, mit den Mitteln des alten Ordnungssystems zu unterdrücken bereit ist.

Kerenski verdankt seinen neuesten Aufstieg der letzten Petersburger Bewegung und der Entfernung der kadettischen Minister aus dem Kabinett. Aber seine Ernennung bedeutet nicht den Erfolg jener Bewegung, sondern vielmehr einen Versuch, sie aufzuhalten, indem man ihr einen Mann der starken Mittel und der starken Ideen entgegenstellt. Der Name des Fürsten Lwow ist trotz des Fürstentitels während der Revolution vollkommen glanzlos geblieben, und was mit ihm verschwindet ist weiter nichts als ein altes Firmenschild, das noch lange hätte hängen bleiben können, ohne daß man es bemerkt hätte. Mit Kerenski erhält aber die Republik eine wirkliche persönliche Spitze, einen Führer, der voll Ehrgeiz und Tatkraft ist.

Die ganze Welt hat die Laufbahn dieses Mannes mit Spannung verfolgt, und auch die deutsche öffentliche Meinung, soweit sie bürgerlich repräsentiert ist, hat ihm ihr „Postumal“ und ihr „Kreuziget ihn!“ zugerufen, je nachdem er der nächste Friedensbringer zu sein schien oder seine rednerische Trompete für die Erneuerung der russischen Wehrkraft schmettern ließ. Eine gewisse Presse, die für ausländische Staatsmänner nur zwei bis drei Stampfglied auf Lager hat, hat ihn in diesem späteren Zeitpunkt ganz einfach als „Kriegsbeher“ abgestempelt, denn für diese Presse gilt er überall nichts als Kriegsbeher, ausgenommen natürlich in Deutschland.

Kerenski ist aber keiner von den Kriegsbeheren, wie sie in allen Ländern, Deutschland nicht ausgenommen, zu Dutzenden auf der Straße herumlaufen, er erscheint als Vertreter einer Politik, die auf dem Weg über eine letzte kriegerische Anspannung den Frieden sucht und der man eine gewisse großzügige Folgerichtigkeit nicht absprechen kann.

Die Träger der Märzrevolution, sozialistische Menschewiki und Trudowski, haben von vornherein erklärt, daß sie den Frieden wollen, aber nicht den Sonderfrieden, der dem deutschen Imperialismus freien Weg nach Westen gibt, sondern den allgemeinen Frieden, der die Vergewaltigung eines einzelnen Volkes ausschließt und jedem sein Selbstbestimmungsrecht zurückgibt. Da sie den Bund der Entente nicht verlassen wollten, mußte ihre Politik darauf gerichtet sein, auf die Bundesgenossen einen Druck auszuüben, der sie zur Annahme des revolutionären Friedensprogramms bewog. Einen solchen Druck konnte aber ein durch Herrlichkeit ohnmächtiger, rettungslos geschlagener, immer tiefer in die Anarchie verfallendes Russland nicht ausüben, sondern nur ein militärisch starkes Russland. Dieses Russland, das auf dem Schlachtfeld seine Pflichten erfüllte, konnte dann auch am Konferenztisch der Alliierten seine Forderungen anmelden. Und darum wurde der einstige Deputierte des Friedens, Kerenski, zum Minister der Offensive.

Nach kurzen Anfangserfolgen scheint sich nun diese Offensive als ein Unternehmen zu erweisen, das über die Kraft ging. Nicht nur, weil die Zerrüttung des Heeres durch das zarische Regime und die vorangegangenen Kriegseignisse schon zu weit vorgeschritten war, sondern auch, weil die inneren Schwierigkeiten wuchsen, zumal die Friedensgeduld des Volkes die konsequente Politik der Regierung nicht verstand. Aus dieser Stimmung erwuchs die neue revolutionäre Bewegung, die Kerenski auf den Gipfel der Macht brachte: bis zu dem Punkt, wo von steiler Wand der Abstieg droht.

Es gibt Leute in Deutschland, die jeden Fortschritt der Anarchie in Russland begrüßen. Die deutschen Sozialdemokraten gehören nicht zu ihnen. Sie haben die russische Revolution mit Begeisterung begrüßt und können nicht wünschen, daß sie sich kompromittiert. Aber auch vom Standpunkt der deutschen Friedenswünsche aus ist das Vergnügen an der zunehmenden Anarchisierung Russlands ziemlich kurzfristig und kindisch. Ein zerrüttetes Russland, das sich schließen läßt,

wie man will, ist zwar militärisch eine ganz angenehme Sache, aber ein geordnetes, kräftiges Russland, das aufrichtig einen raschen gerechten Frieden anstrebt, ist politisch viel wertvoller. Will Kerenski ein solches Russland schaffen und kann er es — was hier zu leisten ist, übersteigt selbstverständlich weitaus die Kraft eines einzelnen Mannes —, dann kann er sich nicht nur um Russland, sondern um die ganze Welt verdient machen.

Es ist aber ein schwieriges Kunststück, zugleich Russland von der Anarchie zu retten und zugleich zu verhindern, daß Russland der Schildknappe des westlichen Imperialismus ist. Die Politik, deren Träger Kerenski ist, ist von vollkommener logischer Konsequenz, aber vielleicht gerade darum zum Scheitern verurteilt, da die Weltgeschichte kein Rechenexempel ist und die Leidenschaften und Irrtümer der Menschen sich meist stärker erweisen als ihre Vernunft und ihre Erkenntnisse. Zwischen der Charybdis der nationalistischen Hurrafraktion und der Scylla eines zum Selbstzweck gewordenen Revolutionsertums steuert das Schiff des neuen Ministerpräsidenten auf schmalen Weg.

Kerenski wird nur dann an der Macht bleiben, wenn seine nächste Offensive eine Offensive des Friedens sein wird. Es ist ein Zufall, doch kein unwichtiger, daß er die Leitung in einem Augenblick übernimmt, in dem er auch in Deutschland eine stark veränderte Lage vorfindet. Das kann ihm Gelegenheit geben, auf Russlands westliche Verbündete einen stärkeren Druck auszuüben zugunsten eines Friedens, über dessen Grundlinien zwischen den Völkern selbst keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Im Juni 1016000 To. versenkt.

Berlin, 21. Juli. Amtlich.
 1. Nach endgültiger Feststellung sind im Monat Juni an Handelschiffraum insgesamt 1016000 Brutto-Register-Tonnen durch Kriegshandlungen der Mittelmächte vernichtet worden. An diesen Erfolgen waren in hervorragender Weise beteiligt die Unterseebootskommandanten: Kapitänleutnant Wünsche, Wilhelms, Adam, v. Bothmer, Fortmann, Waffner, Viebig, I. u. I. Zinienski, Leutnant Jdenko, Subecef, Oberleutnant zur See Fürbringer, Voigt (Ernst), Fowaldt. Einen guten Anteil daran haben auch die Kommandanten unserer Minen-U-Boote, die unter besonders schwierigen Verhältnissen und bei ständiger feindlicher Gegenwirkung zu arbeiten hatten und deren Tätigkeit daher besonders hervorgehoben zu werden verdient.

Seit Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges sind mit den Juniern insgesamt 4671000 Brutto-Register-Tonnen

des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffraumes versenkt worden.

2. Das englische Unterseeboot G 34 wurde in der Nordsee von einem unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Walther, versenkt. Der einzige Überlebende, ein Heizer, wurde als Gefangener eingebraut.

3. Durch eines unserer U-Boote wurden in der Biscaya wiederum fünf Dampfer und drei Segler mit

22500 Brutto-Register-Tonnen

versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer Anglo Patagonian mit 7000 Tonnen Stützgut (darunter Flugzeuge, Stahl, Butter) von Amerika nach Frankreich, Trellissid mit 5000 Tonnen Ocker und 1500 Tonnen Stahl von Boston nach Bordeaux, die französischen Segler Cambroune (1863 Tonnen) mit Salpeter nach Nantes, Ceres (296 Tonnen) mit Wein und Oelfarbinen von Lissabon nach Brecht. Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe bestanden aus 5300 Tonnen Weizen und 500 Tonnen Mehl von New York nach Le Havre, 2000 Tonnen Erbsen, Palmkernen und Wachs nach Liverpool und etwa 5200 Tonnen Kohlen von Glasgow nach Madeira.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 20. Juli. Amtlich. Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer:

rund 30000 Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete tief beladene englische Dampfer Gaigh Hall (4809 Brutto-Register-Tonnen), der aus gesichertem Geleitzug herausgeschossen wurde, ein italienischer Dampfer von etwa 3000 Tonnen, der griechische, tief beladene Dampfer Ariongo Goulandric (3191 Br.-Reg.-To.), der beladene japanische Dampfer Shinan Maru (3312 Br.-Reg.-To.) und der geleitete französische Dampfer Courbie (2388 Br.-Reg.-To.).

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Stockholm. Die Franzosen fordern Verschiebung der Konferenz.

Eine geharnischte russische Antwort.
 Stockholm, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Der Verwaltungsausschuss (commission permanente administrative) der französischen Partei verlangt die Verschiebung der Internationalen Konferenz, weil seine Beratungen noch nicht beendet und die Schwierigkeiten der Passfrage noch nicht beseitigt seien und weil er erst Rücksprache mit den Russen nehmen wolle. Dagegen wendet sich Kosanoff im Sowjetbulletin mit der sehr energischen Frage: wie lange die Franzosen verschieben wollen, und mit dem Hinweis, daß er zwar die Passverzögerung der Regierungen Frankreichs und Englands begreife, aber nicht die Saumseligkeit der Sozialisten dieser Länder.

Die Ereignisse in Petersburg.

Stockholm, 21. Juli. Die in Ålesborg erscheinende finnische Zeitung „Kansan Tuhota“ bringt folgende Schilderung der Petersburger Ereignisse: Bereits am Sonntag hatten in den Arbeitervierteln die Agitationen für die gewaltlose Bestätigung der vorläufigen Regierung begonnen. Am Montagmorgen um 6 Uhr wurde alle Arbeit eingestellt. Arbeitermassen und Soldaten streikten der inneren Stadt zu. Die 8. Kompanie des Maschinengewehrregiments besetzte um 10 Uhr den finnischen Bahnhof und gleichzeitig sammelten sich Soldaten auf zwei Brücken an, zu deren Bewachung Panzerautos aufgestellt wurden. Um 10 Uhr waren der Newskiprospekt und die benachbarten Straßen dicht mit Menschenmassen angefüllt. Menschengruppen umgaben den Zarenischen Palast. Dort wurden Rufe laut, die den Abgang der bürgerlichen Minister forderten. „Rieder mit dem Krieg! Rieder mit Kerenski!“ Um 8 Uhr abends langten auf dem Warschauer Bahnhof mehrere Panzerautomobile an, um den Kriegsminister gefangenzunehmen. Die Soldaten erforderten jedoch, daß Kerenski eine Viertelstunde vorher im Sonderzug zur aktiven Armee abgereist sei. Spät abends trat der Tätigkeitsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats zusammen und erklärte die vorläufige Regierung für abgesetzt. Er gab eine Proklamation heraus, wonach die höchste Gewalt sich in den Händen des Rates befindet.

Die ersten Schüsse fielen um 9 Uhr abends auf dem Newskiprospekt. Die Menschenmassen flüchteten in wilder Panik. Maschinengewehre und angeblich auch Artillerie kamen zur Anwendung. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist unbekannt. Am Dienstagmorgen herrschte verhältnismäßige Ruhe. Die meisten Regimenter hielten Versammlungen ab. Die Soldaten wurden ermahnt, jede bewaffnete Aktion zu vermeiden. Die übriggebliebenen Minister erließen ein Verbot aller bewaffneten Kundgebungen. Am Dienstag trat der Tätigkeitsausschuss des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte und des Bauernkongresses, der sich permanent erklärte, zusammen. Nach Abgang der fünf Kadettenmitglieder wurde ein Vertrauensvotum für die vorläufige Regierung angenommen, die trotz ihrer Degimierung weiter besteht.

Die wortreichen Meldungen der Petersburger Telegraphenagentur über den Verlauf der Ereignisse vom Montag bis Donnerstag geben Klarheit darüber, daß der Abgang der bürgerlichen Minister hauptsächlich durch die ersten Petersburger Vorgänge veranlaßt wurde. Einen besonders blutigen Verlauf nahmen mehrere Zusammenstöße der „Roten Garde“ mit Kosaken. Klein aus den Straßen des Litein-Viertels wurden über 100 Verwundete in die Krankenhäuser eingeliefert.

Petersburg, 20. Juli. (Petersburger Telegraphenagentur.) Die einseitige Regierung hat beschloffen, alle Truppenteile, die an dem bewaffneten Aufstande vom 16. bis 18. Juli in Petersburg und Umgebung teilgenommen haben, zu ihren Divisionen zurückzuführen. — Ferner hat die Regierung beschloffen, alle Organisationen, die an diesem bewaffneten Unternehmen gegen die Regierungsgewalt teilgenommen haben, aufzulösen, und alle Personen, die dazu aufgerufen oder angeführt haben, wegen Verrates am Vaterlande und an der Revolution zu verhaften und vor Gericht zu stellen.

Stockholm, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Alexinsky behauptet in einer angeblich dokumentarischen Veröffentlichung, Lenin und seine Helfer hätten in deutschen Diensten. Alexinsky ist Plechanowit.

Die Redaktion des Bolschewikorganes „Pravda“ wurde demoliert. Viele Arbeiter und Soldaten fordern die Ueberweisung der Bolschewiki an das Kriegsgericht.

Ueber Petersburg wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Petersburg, 19. Juli. (Neuter.) In Pskow sind auf Kerenski Schiffe abgegeben worden, die ihn aber nicht trafen.

Petersburg, 20. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Kriegsminister Kerenski ist nach Petersburg zurückgekehrt.

Die Anarchisten haben ihre letzte Feste, die Villa Durovova vor der Ankunft der Truppenabteilungen verlassen, die sich gegenwärtig darin befinden.

Heute hat die Mehrzahl der Fabrikarbeiter in Petersburg wieder die Arbeit aufgenommen.

London, 20. Juli. Das Neuterische Bureau läßt sich aus Petersburg melden, daß sich Lenin als Seemann verkleidet nach Kronstadt begeben habe.

Lugans, 21. Juli. Nach einer Petersburger Meldung soll Lenin geflohen sein, um der Verhaftung zu entgehen.

Ueber den neuen russischen Handelsminister Protopopowitsch teilt die Stockholmer „Prawda“ mit, daß er früher Mitglied der Sozialdemokratie gewesen ist, aber seit dem Scheitern der Revolution von 1905 außerhalb der Organisation stand und als opportunistischer Freischärler wirkte. Zwei Monate lang habe die provisorische Regierung einen Erlaß für den ausgeschiedenen Handelsminister Fabrikanten Komotowski gesucht, habe aber keinen Mann gewinnen können, der das Vertrauen der bürgerlichen Parteien und Unternehmer genosse. So habe sie schließlich zu diesem national-ökonomischen Dilettanten und Schriftsteller gegriffen. Die „Prawda“ erblickt in dieser Verlegenheit der provisorischen Regierung ebenso wie in dem inzwischen erfolgten Ausscheiden von vier weiteren bürgerlichen Ministern aus der Regierung ein sicheres Anzeichen dafür, daß der Versuch des Zusammenwirkens von Arbeiterklasse und Bourgeoisie in der revolutionären Regierung gescheitert ist und seinem Ende entgegengeht.

Der Kongreß der Arbeitsgruppe in Petersburg (Trudowaja-Gruppe) — die Partei Kerenskis — nahm zur Rationalitätsfrage eine Resolution an, welche die Schaffung einer Staatsordnung auf föderativer Grundlage in Rußland, Europa und der ganzen Welt anstrebt. Weiter sprach sich der Kongreß dafür aus, daß jeder ein stütziges Grenzgebiet bewohnenden Völkerschaft das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werden solle, die bis zur vollständigen Loslösung gehen kann, unter der Bedingung, daß dieses Recht von der allrussischen konstituierenden Versammlung anerkannt wird.

Revolution in Spanien?

Ueber die feindlichen Länder kommt die Nachricht, daß in Spanien ein Umsturz versucht wird. Zwei verschiedene Bewegungen sind am Werke. In Barcelona, der Hauptstadt des industriereichen Catalonien, eine republikanische Bewegung, getragen von entschieden liberalen und sozialistischen Elementen und besonders unterstützt von den sogenannten Regionalisten. Im Süden, in der Gegend von Valencia, Unruhen der Landbevölkerung, der Straßenbahner und der Eisenbahner. Dazu Jugendleistungen, bei denen der Verdacht wach wird, daß sie kein bloßes Werk des Zufalls sind. Unterbrechung des Verkehrs der Hauptstadt mit einzelnen Provinzen. Schließlich in Barcelona eine Versammlung oppositioneller Abgeordneter, die ehe sie tagen und beschließen kann, schon von der Polizei gesprengt wird. Die Depeschen melden:

Madrid, 20. Juli. Der Minister des Innern teilte mit, daß das katalonische Parlament, das in Barcelona hätte tagen sollen, vom Gouverneur aufgelöst wurde. Die Mitglieder des Parlaments sind der Aufforderung des Gouverneurs, einzeln abzureisen, nachgekommen, ohne daß die Ruhe gestört worden wäre.

Madrid, 20. Juli. (Meldung der Agence Havas.) Ministerpräsident Dato hat erklärt, daß bei den Zwischenfällen in Barcelona zwei Genarman und vier Teilnehmer an der Kundgebung verletzt wurden. Der Bürgermeister von Barcelona hat seine Entlassung eingereicht.

Der Minister des Innern hat erklärt, daß die Gärung in Valencia fortdauere. Trupps versuchten die Ausfahrt eines Bahnzuges zu verhindern und griffen den Feizer an, der sich durch Schüsse aus dem Revolver verteidigte. Der Generalkapitän und der Zivilgouverneur haben den Bahnhof von Valencia räumen lassen, in den die Ausländigen eingebracht waren. Der Minister hat formell das Gerücht dementiert, daß der Belagerungszustand in Valencia erklärt worden sei.

Nach anderen Telegrammen haben die liberalen Deputierten und Senatoren, die an der katalonischen Konferenz in Barcelona teilnahmen, dem König telegraphisch ihre Anhänglichkeit versichert. Eine Reihe von ihnen soll bereits nach Madrid wieder zurückgekehrt sein, in der Absicht, dort eine neue Kundgebung an die Regierung zu richten. Dagegen läßt sich die „Woffische Zeitung“ über London berichten, daß die revolutionäre Bewegung in schneller Entwicklung begriffen sei und der Republikanismus trotz der persönlichen Beliebtheit Alfons XIII. kräftig an Boden gewinne.

Die Bewegung hat mannigfache Wurzeln und ist in ihren Zielen nicht einheitlich. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß der Weltkrieg die Entwicklung des spanischen Kapitalismus durch die Ausschaltung des ausländischen Wettbewerbes und durch Kriegslieferungen befruchtet hat, daß aber zugleich die ärmere Bevölkerung unter den enorm anstehenden Lebensmittelpreisen schwer leidet. Die Hemmnisse in der Seeschifffahrt auf der einen Seite, auf der anderen das Einfuhrverbot für spanische Weine und Südfrüchte in die Länder der Entente — ein Verbot, das wegen Frachtraumnot und aus Rücksicht auf die Währungen erlassen wurde —, stören Handel und Wandel, lassen wichtigste Landesprodukte des Südens unverkäuflich werden und bewirken in den nordspanischen Industriegebieten eine weitverbreitete Arbeitslosigkeit. Dazu gesellen sich zwei andere Strömungen: einmal der Unwille der Offiziere über Unbilligkeiten bei der Beförderung und mangelhafte Entlohnung der Armee überhaupt, dann die alten Beschwerden der spanischen Regionalisten. Spanien wurde zwar im Ausgange des Mittelalters eine staatliche Einheit, deren wichtigstes Bindemittel die Religion war, aber in allen Landesteilen erhielt sich ein starker Provinzialismus, der sogenannte Regionalismus, der am ausgeprägtesten in dem industriereichen, unternehmungslustigen, gewerbetreibigen Catalonien ist. Catalonien für die Katalonier! Mit diesem Selbstbewußtsein verlangte Barcelona und sein Hinterland eine gewisse Selbstverwaltung gegenüber der Madrider Zentralregierung. Wirtschaftlich erklärt sich dieser Föderalismus daraus, daß das verhältnismäßig reiche Catalonien keine Steuergelder nicht für sich verwendet, sondern in die stöckernen Nachbarprovinzen abfließen sieht, politisch daraus, daß die spanische Verwaltung entschieden zu zentralistisch ist und alle Entscheidungen von dem Minister abhängig macht, auch wenn sie ganz neutraler Natur sind, was sowohl den Geschäftsgang außerordentlich verzögert als auch der Korruption Tür und Tor öffnet. Aus diesen so verschiedenartigen Tendenzen und Strömungen hat sich die heutige Lage Spaniens entwickelt. Die Regierung, die die verfassungsmäßigen Garantien aufgehoben hat, die Presse unterdrückt und sich ziemlich stolz auf die bewaffnete Macht stützt, hat zum Widerpart die vereinigten Republikaner, Sozialisten und die entschiedenen

Die deutschen Truppen vor Tarnopol.

Fortdauernder Feuerkampf an der englischen Front — In Ostgalizien die Straße Buczow-Tarnopol überschritten — Verlorene Stellungen bei Brzezany wieder gewonnen — Neuer Erfolg bei Nowica.

Amlich, Großes Hauptquartier, den 21. Juli 1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern tobte auch gestern der Feuerkampf in nur zeitweilig nachlassender Heftigkeit.

Im Artois steigerte sich die Artillerietätigkeit vormittags zwischen La Bassée-Kanal und Lens, nachmittags auch auf beiden Ufern der Scarpe.

Wie in den Vortagen blieben Vorstöße starker Erkundungsabteilungen gegen mehrere Stellen unserer Front für den Feind ergebnislos.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nur im mittleren Teil des Chemin-des-Dames war die Feueretätigkeit stark; französische Angriffe sind bisher nicht erfolgt.

Dagegen drangen abends Teile eines westfälischen Regiments in die feindliche Stellung, überwältigten die Besatzung und kehrten heute früh mit 100 Franzosen von dem linken Handstreich vollständig wieder in unsere Stellung zurück.

Auch bei Fort de la Pompelle (Südlich von Reims) und auf beiden Maas-Ufern brachten Erkundungen durch frisches Draufgehen eine größere Zahl von Gefangenen ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Keine besonderen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls

Prinz Leopold von Bayern.

Unsere Angriffsbewegung in Ostgalizien hat den beabsichtigten Verlauf genommen.

Ginter den eilig zurückgehenden russischen Kräften, von denen nur Teile sich bisher zu Nachhutkämpfen stellten, haben unsere Truppen in ungehürtem Nachdrängen in 40 Kilometer Breite die Straße Buczow-Tarnopol beiderseits von Zegierna überschritten. Wo der Feind stand hielt, ist er in raschem Ansturm geworfen worden; wie in früheren Jahren länden brennende Ortschaften und große Zerstörungen den Weg, den die Russen genommen haben.

Weitere Kämpfe werden erwartet.

Nördlich von Brzezany nahmen österreichisch-ungarische Truppen die am 1. 7. verlorenen Stellungen nach hartem Kampf zurück.

Nördlich des Dnjestr scheiterten Vorstöße der Russen vor unseren Linien.

Liberalen unter der Führung von Romanones. Ihr Gefolge besteht aus den Ergonferativen unter Maura und aus den Liberalen unter Garcia Prieto.

Wie im Zeichen des Weltkrieges sehr verständlich, stehen die innerpolitischen Bewegungen Spaniens auch im engen Zusammenhang mit der äußeren Politik. Der König und die Regierung vertreten eine unzweideutige Neutralität, die Opposition neigt entschieden der Entente zu.

Die neue Ententekonferenz.

Paris, 21. Juli. (Havasmeldung.) Bei der Konferenz, die im Juni in London abgehalten wurde, um die Haltung der Schutzmächte gegenüber Griechenland festzulegen, kam man überein, im Juli in Paris eine neue Konferenz abzuhalten, um die Zusammenfassung der Besatzungsarmee von Saloniki betreffende Fragen und die allgemeine Balkanpolitik der Alliierten zu regeln. Der Zeitpunkt der Konferenz ist auf den 25. Juli festgelegt worden. Offiziell werden auf ihr nur die Mächte vertreten sein, die am Kriege auf dem Balkan teilnehmen, d. h. Frankreich, England, Italien und Rußland. Serbien, Rumänien und Griechenland werden eine beratende Stimme haben. Da sich Vertreter aller alliierten Mächte am 25. Juli in Paris gleichzeitig mit den an der Konferenz teilnehmenden Vertretern einfinden sollen, werden außer den Besprechungen über den Balkan sehr wichtige Beratungen stattfinden.

„Lanterne“ führt aus: Ministerpräsident Ribot sagte in einer Rede, daß man nicht daran denke, die Orientarmee zurückzurufen. Jonnart, aus Griechenland zurück, bringt den Plan zu einer neuen militärischen Aktion auf der Balkanhalbinsel mit. Aber während Stabs- und einige Truppenoffiziere auf mehrere Wochen zur Erholung nach Frankreich beurlaubt werden, haben Tausende von Soldaten Frankreich seit zwei Jahren nicht mehr gesehen. Eine zahlreiche Jugend ging mit Begeisterung in den Orient, wir alle im Glauben, daß einige Monate heldenmütigen Kampfes genügen würden. Monate, Jahre sind vergangen. Unsere tapferen Soldaten erfahren die einvernehmlichen Folgen des langen Wartens und eine Reihe von Enttäuschungen. Sie haben Kälte und Hitze, mörderischer als die Kugeln der Bulgaren, erfahren. Dabei erhielten sie nur selten einen Brief aus Frankreich. Deshalb sollte die Regierung an eine dringende Pflicht denken: Die allmähliche Ablösung der Soldaten der Orientarmee.

Carsons Vorbedingungen für Friedensverhandlungen.

In einer Rede in Belfast sagte, wie Neuter meldet, Sir Edward Carson, das neue Mitglied des Kabinetts: Ich habe gerade die Rede des neuen deutschen Reichskanzlers im Reichstage gelesen. Sie unterscheidet sich nicht sehr von vielen, was ich vorher gelesen habe. Sie klingt höflich. Wenn die Deutschen Frieden brauchen, so werden wir morgen nicht mit dem Preußenium, sondern mit den Vätern des deutschen Volkes zu verhandeln haben. Als Vorbedingung für solche Verhandlungen sagen wir den Deutschen, daß sie hervortreten als Zeichen ihrer Aufrichtigkeit und als Beweis dafür, daß sie keine Gebietsverwertung und keine Gewalt gegen andere beabsichtigten, anbieten, in Unterhandlungen einzutreten, unter der Bedingung, daß sie zuerst ihre Truppen hinter den Rhein zurückziehen. Wenn die Deutschen große Aufrichtigkeit über das Unrecht und für ihre Verbrechen gegenüber der Menschheit zeigen, die sie in Belgien, Nordfrankreich, Serbien und in anderen Ländern begangen haben, die ohne Rot mit Blut getränkt sind, dann wird unser friedliebendes Volk in Verhandlungen eintreten, um die Welt von den Schrecken des Krieges

Südlich des Flusses wurde der Feind aus Babin geworfen; bei Nowica führten deutsche und österreichisch-ungarische Regimenter die russischen Höhenstellungen trotz hartnäckiger Gegenwehr. Vom Stach bis zur Dnjepr steigerte sich vielfach die Feueretätigkeit; besondere Stärke erreichte sie zwischen Krews und Smorgon und bei Danaburg.

Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph.

Im nördlichen Teil der Waldkarpaten hat das lebhafteste Feuer angehalten.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls

von Radenken

Am unteren Sereth sind die Russen und Rumänen tätiger als bisher.

Ein eigener Vorstoß an der Rimnicul-Wändung brachte uns 80 Rumänen und mehrere Maschinengewehre ein.

An der

Mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.

Lubendorff.

Abendbericht.

Amlich, Berlin, 21. Juli 1917, abends.

Unsere Truppen stehen vor Tarnopol.

Die Meldung bedeutet, daß der deutsche Gegenstoß zum vollen Erfolg geführt hat. Die russische elfte Armee ist geschlagen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 21. Juli 1917. (W. Z. B.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Nowica südlich von Kalusz bauten österreichisch-ungarische und deutsche Truppen ihre kürzlich erlittenen Erfolge durch Eroberung einer weiteren Höhenstellung aus. Bei Babin wurden feindliche Abteilungen über die untere Lomnica geworfen. Unmittelbar nördlich des Dnjestr scheiterten russische Teilvorstöße. Der beiderseits der Bahn Lemberg-Tarnopol unter dem Befehl des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern geführte Gegenangriff schreitet erfolgreich vorwärts. Österreichisch-ungarische Regimenter gewannen nördlich von Brzezany die am Anfang Juli verlorene Linie zurück. Die bei Augustowa, Zegierna und Westermow vorgehenden deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte haben diese Orte überschritten. Die Russen setzten dem Vordringen der Verbündeten stellenweise heftigen Widerstand entgegen, der durch scharfes Zugreifen gebrochen werden mußte.

Gegenüber Italien und in Albanien keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabs.

zu befreien. Wir sehnen uns nach dem Frieden, um unsere Männer zurückzubringen. Aber die, die wir nicht zurückbringen können, verlangen von uns, daß der Friede ein dauernder Friede sein muß und daß ihr Opfer nicht vergeblich gewesen ist.

Längst weiß man, daß der Imperialist Carson keine Friedensstaube ist. Die Vorbedingungen, die er jetzt für Friedensverhandlungen formuliert, geben erneut den Beweis, daß von ihm durchaus nicht zu erwarten ist, er werde sich aufmachen, den ersehnten Delizweiz aufzuspielen. Er ist zwar ein frischgefeederter Kriegsminister von heute, aber er redet noch immer die Sprache von gestern und vorgestern. Er verbrämt seine Worte zwar mit Friedenssehnsucht — das gehört zum imperialistischen Handwerk — aber er will nach wie vor den Krieg bis ans bittere Ende.

Erste Landtagsitzung des autonomen Finnlands.

Petersburg, 20. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Helsingfors fand am 19. Juli um 7 Uhr abends die erste Sitzung des Landtages des autonomen Finnlands statt. Der Vizepräsident des Senats, Toksoy, erklärte in seinem und seiner Kollegen Namen im Landtag, daß die Mitglieder der Regierung angeht die neuen politischen Lage von ihren Ämtern zurückzutreten und ihre Posten dem Landtage zur Verfügung stellen. Dieser aber hat die Mitglieder der Regierung auf Vorschlag des Führers der sozialistisch-demokratischen Partei, Ahroski, solange im Amte zu bleiben, bis die neue Verwaltung des Landes vom Landtage aufgebaut sei.

Das neue Ministerium der Ukraine.

Die provisorische Regierung der Ukraine, die soeben in Kiew zusammengesetzt ist, setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Minister des Innern: Winnitschenko, der hervorragende ukrainische Schriftsteller; Ehrstjul Generalsekretär; Peltjura, Kriegsminister; Efremoff, Minister des Außen; Baranowski, Finanzen; Sadowski, Justiz; Martos, Verkehr; Stafful, Probiand. Nach dem Ukrainischen Pressebureau spricht man in gewissen politischen Kreisen davon, Peltjura zur künftigen Hauptstadt der Ukraine zu wählen. Kiew gilt schon als zu sehr russifiziert. Dieses Projekt gab Veranlassung zu einem Konflikt zwischen dem Exekutivkomitee und gewissen politischen Parteien der Ukraine.

Die Autonomieforderung der Litauer.

Der in Petersburg versammelte litauische Landtag begann seine Beratungen am 16. Juli. Die Tagesordnung, betreffend die Gründung eines unabhängigen litauischen Staates, wurde einstimmig angenommen. Eine andere Tagesordnung beugt das Verlangen der Litauer, daß die Neutralität ihres Staates durch den Kongreß der Großmächte, an welchem die Abgeordneten Litauens Anteil nehmen sollten, garantiert sei.

Ein klares Bekenntnis zur Demokratie — in Kroatien!

Der von dem ungarischen Kabinett Esterhazy neuernannte Banus (Statthalter) von Kroatien Herr v. Mikhalowich führte sich in seinen neuen Wirkungskreis mit einer Rede ein, die ein erquickendes Bekenntnis zur Demokratie ist:

Wenn wir die Zeit, die wir erleben, mit weitem Blick erfassen, dann werden wir sehen, daß es heute bereits eine allgemein anerkannte Wahrheit ist, daß der Krieg in der ganzen Welt eine politische Dominante hervorgerufen hat, die durch Dringlichkeit

und Unaufschreibbarkeit alle anderen Fragen überträgt, nämlich die Demokratie, die Demokratisierung des Lebens, dessen Bedingungen und dessen Formen auf allen Linien. Die allgemeinen Wehr- und Ernährungspflichten haben auch die Forderungen nach gleichen Rechten geboren. Daher werden wir uns, meine Herren, da wir aus den Reihen der Wehrheit dieses Landtages hervorgegangen sind, und da wir für unsere Tätigkeit die volle parlamentarische Verantwortung übernommen haben, von dem Wunsche leiten lassen, bestrebt zu sein, die Grundsätze der Demokratisierung auf allen Linien, ohne Reserve und aufrecht, wie dies das Prinzip selbst erfordert, durchzuführen. Auf den Grundsätzen des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes wollen wir die künftige Wahlordnung aufbauen und zu diesem Zweck eine absolut gerechte Wahlkreis-einteilung durchführen. Selbstverständlich müssen zu diesem Zweck auch jene Gesetze reformiert werden, die als Verfassungsgarantien zu dienen haben, wie dies die Gesetze über die Freiheit der Presse und über das Versammlungsrecht, über die Freiheit des Koalitionsrechtes sind, die gleichfalls auf moderner demokratischer Basis umgestaltet werden müssen.

Der neue Kurs hat sich auch bereits in der Verwaltung gezeigt. Unser Agrarminister „Sooboda“, das seit Kriegsausbruch eingestellt wurde, hat am 13. Juli zum erstenmal wieder erscheinen können. Die Reform des kroatischen Landtagswahlrechtes wird dieses Land, so hoffen wir, von den erbitterten Parteikämpfen befreien, die es jahrzehntlang im wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg zurückgehalten haben. Das bisherige Wahlrecht gibt nur einem winzigen Bruchteil der Landesbewohner die Stimmzettel in die Hand und erlaubt durch Privilegierung der Intelligenz, jenen jeder Regierung, sich mit ihren Beamten eine Mehrheit oder mindestens einen gewissen parlamentarischen Anhang zu schaffen, was wiederum die parlamentarische Reife des Landes erbittert, weil sie sich bewußt ist, die eigentliche Mehrheit des Landes zu repräsentieren.

Der deutsche Gegenangriff in Ostgalizien.

Zu den Erfolgen in Galizien äußert der militärische Exp.-Korrespondent: Die gestrige Meldung vom Rückzuge der Russen bekräftigt sich lebhaftig darauf, die Befangennahme mehrerer Tausend Mann und einige Geschütze als Beute zu melden. Erst heute läßt sich der richtige strategische Erfolg, den unsere Offensive auf Slogow und Tarnopol erzielte, völlig überblicken. Es handelt sich nicht, wie die erste Meldung betonte, nur um einen Durchbruch der russischen Linie, sondern um eine Schlacht, die es uns ermöglichte, unsere Linien in ungefähr 40 Kilometer Breite, 10 bis 11 Kilometer tief vorzutragen. Was dieses bedeutet, zeigt ein einziger Blick auf die Karte. Unsere aus der Richtung von Konjuch auf Tarnopol angeführten Angriffe haben durch diese Frontverschiebung den Gegner gezwungen, den anschließenden nördlichen Teil seiner Front weit nach Osten einzubiegen und stellen eine starke Bedrohung der nördlich und südlich anschließenden Teile dar. Das Bild, das sich unseren vorwärtstürmenden Truppen darbot, entsprach genau dem des Jahres 1915. Auch diesmal haben die Russen, ebenso wie bei unserer Sommeroffensive, auf ihrem fluchtartigen Rückzuge jede Untergrundmöglichkeit und Magazine völlig zerstört. Es geht daraus also hervor, daß die Führung der kämpfenden Truppe auf der feindlichen Seite nicht mehr mit einer Rückkehr in allernächster Zeit rechnen. Die nächsten Tage werden lehren, ob unsere Heeresleitung gewillt ist, diesen für den Winter so überraschenden Erfolg weiter auszubauen und durch noch weiter vorgedragene Angriffe eine Verschiebung der russischen Front nach Osten zu erzwingen.



Berlin, 21. Juli. (B. T. Z.) In Ostgalizien blieb am 20. Juli der Angriff der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen im Fluß. Die russische Front ist auf einer Breite von 40 Kilometer durchstoßen und somit ist den Truppen der Mittelmächte abermals ein Frontdurchbruch geglückt in einem Umfange, wie er den Franzosen und Engländern trotz der ungeheueren Opfer an Menschen und Material bisher nicht gelungen ist. Unsere Truppen drängten am 20. Juli mit Kühnheit und altem ungeborenen Angriffsgedächtnis die Russen vor sich her und fügten ihnen, wie an den Vortagen in Nachhütten und Einzelgefechten, schwere Verluste zu. Auch unsere Fliegergeschwader griffen erfolgreich ein, indem sie dicke russische Kolonnen auf der Chaussee bei Tarnopol mit Bomben bedauerten und tief herabschossen, mit Maschinengewehrfeuer beschossen. Die Befangenzahl erhöhte sich auf 5000. Unter den unwiderstehlichen Angriffen deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen und dem Druck der Vortwärtsbewegung von Norden her brachen auch die russischen Höhenstellungen östlich Konjuch und östlich Dyzki zusammen. Feindliche Patrouillen südlich der Dyzki wurden vertrieben.

Wien, 21. Juli. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Gegenangriff der Verbündeten zwischen Strypa und Seretich hatte vollen Erfolg. Unsere Truppen überstiegen bereits die Linie Rudobince Olejow und Str. Jaloze, das ist bis zu 15 Kilometer hinter der durchbrochenen feindlichen Front. Schwer und blutig sind des Russen, gering die eigenen Verluste. Unter 3000 Gefangenen befinden sich zwei Regimentskommandeure und 88 Offiziere. Auch 10 Geschütze wurden erbeutet. Bei Paltow griffen stärkere russische Patrouillen unsere Feldwachenstellungen an. Durch Infanteriefeuer und durch Handgranatenkampf wurden sie abgewiesen.

„Unsere Niederlage.“ Die Schuld der Maximalisten.

Russischer Heeresbericht vom 20. Juli. Westfront: In Richtung auf Wilna während des ganzen Tages lebhaftes Artilleriegefecht. Nach starker Artillerievorbereitung hat der Feind mehrmals die Truppen auf der Front Semcaki-Gorbusow (30 Werst südlich von Brod) angegriffen. Alle Angriffe wurden zunächst abgewiesen. Um 10 Uhr hat das Regiment 607, Reznow, das sich in dem Abschnitt Wosow-Mannur in der gleichen Gegend befand, eigenmächtig seine Gräben verlassen und sich zurückgezogen. Dies verursachte den Rückzug der benachbarten Abteilungen, die den Befehl erhalten hatten, die angegriffenen Abteilungen zu unterstützen, Zusammenkünfte voranzutreiben und berieten, ob sie dem Befehl Folge leisten sollten. Mehrere Regimenter weigerten sich, ihren militärischen Pflichten nachzukommen, und ließen ihre Stellungen ohne jeden feindlichen Druck im Stich. Die Anstrengungen der Befehlshaber und der Ausschüsse, sie zur Ausführung der Befehle zu bewegen, blieben vergeblich.

Ostlich von Brzezan und südlich von Schibalin bemächtigten sich die Oesterreicher und Deutschen nach wiederholtem Angriff eines Teiles unserer ersten Grabenlinien. Feindliche Versuche, uns südlich von Brzezan anzugreifen, wurden durch Feuer abgewiesen. Ostlich von Galicz verließen Abteilungen, die Bludnik besetzt hielten, das Dorf und der Feind nutzte dies aus und besetzte es. Ein Versuch, das Dorf wiederzugewinnen, mißlang.

Wien, 21. Juli. Aus dem Kriegspresseamt wird vom 21. Juli abends gemeldet: Die Ereignisse im Osten Galiziens nehmen einen günstigen Verlauf. Der russische Brückenkopf von Tarnopol liegt im Ertrag des Feldgeschützes der Verbündeten.

Die englische Schlappe an der Yser.

Berlin, 21. Juli. Ueber die englische Schlappe an der Yser schreibt „Daily Chronicle“ im Leitartikel: Bei dem Teilerfolg, den die Deutschen an der Yser davontrugen, warfen sie uns in den Sanddünen am Meer bis an den Fluß zurück und haben vermutlich unsere ganze dortige Streitkraft vernichtet oder gefangen. Der von Haig freimütig berichtete Rückschlag ist klein, aber unangenehm. Die Deutschen verringern durch die Eroberung dieses Teiles unseres Brückenkopfes die bereits schmale Front, die uns zur Verfügung stehen würde, wenn wir unsererseits dort einen Vorstoß machen wollten. Die ernsteste Seite des Mißgeschicks war vielleicht die Tatsache, daß ihm, wenn wir den Verichten trauen dürfen, eine erhebliche und uns überlegene Entfaltung deutscher Artillerie- und Fliegerfähigkeit voranging. Aus den direkten Mitteilungen in Haigs Verichten, wie aus den von unseren Schwebkranonen heruntergeschossenen deutschen Flugzeugen ergibt sich, daß die Deutschen in letzter Zeit viel mehr unsere Linien zu überfliegen imstande waren, als zur Zeit der Schlachten von Arras und Messines. Wenn die Tatsache mit einer starken Luftverteidigung von London zusammenfiel, so könnten wir das verstehen; aber es lag gerade umgekehrt. Es sieht im Augenblick so aus, als ob wir auf der ganzen Linie an einem Mangel an Flugzeugen litten, der weitere unangenehme Folgen haben kann, bevor wir ihm abgeholfen haben.

Kleine Kriegsnachrichten.

Attentat in Persien. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Teheran: Sardar Reschid, der frühere Generalgouverneur von Aserbeidschan, ist in Sendshan auf der Reise nach Teheran durch drei Schüsse in dem Augenblick getötet worden, als er das Haus verließ.

Kaisertreue.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist sehr wütend, weil es ihrer Clique nicht gelungen ist, die Kandidatur Hingé für das Staatssekretariat des Auswärtigen durchzudrücken. Für das Mißlingen dieses Planes macht sie in einem Atem den „Vorwärts“ und — die Krone verantwortlich, wobei aber die letztere bedeutend schlechter wegkommt. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt also:

Wer regiert heute in Deutschland? Ist es die Krone, die den rechten Mann an die rechte Stelle setzen will, oder ist es eine Handvoll Demokraten, die sagt: „Jetzt oder nie?“ Sind es die Leute, die diese große außerordentliche Zeit auszunutzen wollen zu einer günstigen Konjunktur, um über das alte Breuchen, über die Grundlagen deutscher Macht und Kaiserherrlichkeit hinweg zur Regierung zu gelangen? Der „Vorwärts“ sagt: „Der Versuch, den Admiral v. Hingé einzuführen und damit jeden nicht uniformierten Einfluß auf die auswärtige Politik auszuschalten, scheiterte an der Wachsamkeit der Linkspresse.“ Herr v. Hingé gilt dem deutschen Volke als ein starker Vertreter deutscher Belange. Die Linkspresse kann ihm seine Erfolge nicht bestreiten. Herr v. Hingé gilt ferner als ein Vertrauensmann des Kaisers. Trotzdem scheitert er, wie der „Vorwärts“ frohlockend sagt, an der Hege, die radikal gerichtete Kreise gegen ihn entfacht haben. Warum weicht die Krone, die führen soll, zurück? Weht auch sie über die starke Tradition deutscher Geschichte hinweg? Ist der Ansturm eines Hausens Ehrgeiziger erfolgreich? Wer regiert heute in Deutschland?

Der Vorwurf der Schwäche und Nachgiebigkeit gegenüber der Demokratie ist von der konservativen Presse bisher immer nur gegen den Reichskanzler erhoben worden. Die Behauptung, daß sich dieser Vorwurf indirekt auch gegen die Krone selbst richte, wurde stets mit größter Entrüstung zurückgewiesen. Jetzt, nachdem Herr v. Bethmann aus der Schußlinie gerückt ist, richtet die „Deutsche Tageszeitung“ ihre Kritik unbedenklich gegen die nächst höhere Stelle. Auch ihr wird jetzt gesagt, daß sie nicht führe, daß sie zurückweiche, daß sie über die starke Tradition der deutschen Geschichte hinweggehe.

Warum hat nun eigentlich die Viehvertierungs-genossenschaft von Schivelbein beim Abgang Bethmann Hollwegs geflaggt?

Der ganze Artikel trägt die nachsichtige Ueberschrift: „Kaisertreue“.

Der nächste Krieg.

Die alldeutschen „Berl. Neuesten Nachrichten“ schreiben: Der gefährlichste Feind des deutschen Volkes ist die Demokratie. Ihr wird unter Kampf gelten müssen, wenn die Mächte längt ruhen und die weit hinausgerückten Grenzen des neuen größeren Deutschlands gesichert sind in einem deutschen Sicherheitsfrieden — trotz dem 19. Juli und seiner Reichstagsmehrheit.

Also, wenn England, Frankreich, Amerika, Rußland usw. geschlagen sind, dann geht es — im Namen des deutschen Volkes — mit Hurra gegen das deutsche Volk selbst.

Reichstagswille und Volkswille.

Mit 214 gegen 116 Stimmen hat der Reichstag die Friedensresolution angenommen, die Frieden ohne gewaltsame Gebietsveränderung oder wirtschaftliche Ausplünderung fordert. Aber die Opposition gegen einen Verständigungsfrieden ist in Deutschland viel geringer, als es danach scheinen könnte. Eigentlich sind es nur die Konservativen und Reichsparteiler mit 1 1/2 Millionen Stimmen, die wirklich noch an Eroberungen festhalten. Die National-liberalen wollen ein Angebot der Feinde abwarten. Die Anhänger der Wehrheitsresolution haben hingegen 6 1/2 Millionen Stimmen hinter sich, und mindestens eine weitere Million entfällt auf die Parteien, denen der Beschluß des Reichstages noch nicht weit genug ging. Würde heute abgestimmt, so würden zweifellos die Anhänger des Vergewaltigungsfriedens noch die Mehrheit abschneiden.

Vollsabstimmung in Elsaß-Lothringen.

Der ehemalige deutsche Reichstagsabgeordnete George Weill hat in Paris abgeraten, das Schicksal Elsaß-Lothringens durch eine Vollsabstimmung entscheiden zu lassen. Es könnte sonst leicht geschehen, daß das Reichsland als französisches Kriegsziel ausscheidet. Herr Weill hat damit die schärfste und eindringlichste Kritik jener französischen Ideologen geliefert, die mit verbundenen Augen in der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich ein Recht, nicht einen neuen Raub sehen wollen.

Die „Milbauser Volkszeitung“ macht darauf aufmerksam, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen, besonders die Parteigeschichte dieses Landes, den besten Ausdruck der Vollsabstimmung bietet. Im Jahre 1874 wurden 9 ausgesprochene Protestler mit zusammen 111 003 Stimmen und 6 Merkale, die den Protest unter dem Rock trugen, mit zusammen 70 157 Stimmen gewählt. Im Jahre 1907 trugen den Sieg im Wahlkampf davon: 2 Sozialdemokraten (32 142 Stimmen), 1 Reichsparteiler (9469 Stimmen), 5 Vertreter des elsässischen Zentrums (50 548 Stimmen), 4 Zentrumleute (41 567 Stimmen), 3 Vertreter des lothringischen Blocks (41 651 Stimmen). Bei den Landtagswahlen im Jahre 1911 fielen die Kandidaten des Nationalbundes glänzend durch, der den Willen des elsässisch-lothringischen Volkes verkörpern wollte, wieder an Frankreich Anschluß zu finden. Kein einziger wurde gewählt. Sieger blieben 24 Kandidaten des Zentrums mit insgesamt 72 768 Stimmen, 11 Sozialdemokraten (32 784 Stimmen), 7 Liberaldemokraten (21 000 Stimmen), 8 Unabhängige (24 506 Stimmen), 10 vom lothringischen Block mit zusammen 26 068 Stimmen.

Der Verfasser wirft auch einen geschichtlichen Rückblick und führt u. a. das Zeugnis des Straßburger Schriftstellers August Schneegans an, der Mitglied jener Abordnung war, die im Jahre 1871 vor der französischen Nationalversammlung in Bordeaux gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens protestierte. August Schneegans schreibt in seinen Erinnerungen:

„Geradezu empörte uns aber die vollständige Gleichgültigkeit, die wir bei der großen Mehrheit der Abgeordneten hinsichtlich des künftigen Schicksals der elsässischen Bevölkerung trafen. Wir waren für sie ein Gegenstand der Verlegenheit: Ach, sagten sie untereinander, diese Elsässer sind immer Deutsche gewesen; schließlich nimmt Preußen sein Eigentum nur zurück.“

Die französische Nationalversammlung kümmerte sich wenig um die Abordnung und nahm am 1. März 1871 den Friedensvertrag mit überwältigender Mehrheit an: mit 546 gegen 107 Stimmen.

Die Affäre der „Weser-Zeitung“.

Die „Bremer Zeitungs-Verlags-Gesellschaft“ erläßt — durch Wolff — eine Erklärung, in der sie versichert:

Alle Mitteilungen über fremde Einflüsse oder die Gefährdung der alten Unabhängigkeit der Zeitung durch nicht Bremische oder Sonderinteressen sind böswillige Unterstellungen. Der Verlag der „Weser-Zeitung“ konstatiert selbst deshalb in einer diese Verücht richtig stellenden Erklärung vom 17. Juli 1917, daß der Verkauf der „Weser-Zeitung“ im Interesse des Handels, der Schifffahrt, des Gewerbes und der Industrie Bremens erfolgte. Die Differenzen zwischen uns und Herrn Carl Schünemann sind nur wirtschaftlicher Natur.

Was die Welt außerhalb Bremens interessiert, ist nicht die Frage, ob die „Weser-Zeitung“ auf bremisch bleibt oder nicht, sondern ob hier ein bisher unabhängiges liberales Blatt durch Kapitalmacht auf andere Wege gebracht werden sollte. Die letzte Erklärung des Verlags Schünemann schien diese Möglichkeit anzudeuten.

Bremen, 21. Juli. Die Differenzen zwischen dem Verlage der „Weser-Zeitung“ und der „Bremer Zeitungs-Verlags-Gesellschaft“ mit beschränkter Haftung haben durch weitere Aussprache ihre Erledigung gefunden. Der geschlossene Vertrag bleibt in Kraft.

Letzte Nachrichten.

Die Zustände in Petersburg.

Amsterdam, 21. Juli. (Z. U.) Aus Petersburg wird gemeldet: Lenin hat, augenblicklich wenigstens, Gelegenheit gehabt, zu entkommen. Während der letzten zwei Tage haben die Truppen wiederholt maximalistische Führer festgenommen. Auf ausdrückliches Ersuchen des Bolshewikomitees der Arbeiter und Soldaten haben die Befangenen, obwohl sie damit nicht einverstanden waren, wieder in Freiheit gesetzt.

Der Fall Wennerholm.

Göteborg, 20. Juli. Zu der Handelsespionageangelegenheit der Entente in Schweden wird aus Stockholm berichtet, daß einer der Agenten Wennerholms, der schwedische Staatsangehörige David Berglund, den Auftrag hatte, die Ankunfts- und Abfahrtszeiten der deutschen Schiffe in Zulua zu melden. Ein anderer, Moritz Loring, ebenfalls ein Schwede, führte einen gleichen Auftrag in Geste aus.

Eine Lebensmittelschieber-Bande verhaftet.

Breslau, 21. Juli. Hier wurde eine ganze Gesellschaft von Lebensmittelschiebern verhaftet, sechs Breslauer und zwei Dresdner. Unter ihnen befinden sich Apotheker, Mühlenschieber und Kaufleute. Sie haben allein zweitausend Zentner Mehl aus Breslau fortgeschafft.

Entgleisung eines Straßenbahnwagens.

München, 21. Juli. Heute mittag ist an der Ecke der Bohrer- und der Hermann-Lingstraße ein Straßenbahnwagen an der Weiche entgleist und mit seinem Triebwagen auf den Bürgersteig gefahren. Siebzehn Personen sind verletzt. Die Rettungs-gesellschaft leistete ihnen die erste Hilfe.

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Die Verhandlungen im Holzgewerbe vor dem Kriegsamt.

Am 20. und 21. Juli haben die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter des deutschen Holzgewerbes vor dem Kriegsamt erneute Verhandlungen wegen Lohnverbesserungen und Steuerungsulagen für die Arbeiter geführt. Der Kreis der Teilnehmer auf Arbeitgeberseite war diesmal wesentlich weiter als bei früheren Verhandlungen gezogen, indem außer dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe auch alle übrigen Verbände und Spezialbranchen des Holzgewerbes eingeladen und erschienen waren.

Am Schluß des zweiten Verhandlungstages war leider ein positives Resultat noch nicht erzielt und trotz aller Bemühungen des Vertreters des Kriegsamts um das Zustandekommen einer Verständigung mußte die Verhandlung ergebnislos abgebrochen und um eine Woche vertagt werden. Auf energisches Drängen der Arbeitervertreter haben jedoch die Unternehmervertreter zugestimmt, daß — soweit es in den letzten Wochen nicht schon geschehen ist — allen Arbeitern eine sofortige Lohnverbesserung von 10 Pf. und den Arbeiterinnen eine solche von 6 Pf. für die Stunde als Abschlag auf die zu vereinbarenden Steuerungsulage gezahlt wird.

Unter der Voraussetzung, daß die Unternehmer auf der ganzen Linie dieses Zugeständnis anerkennen und damit zunächst allen Arbeitern und Arbeiterinnen im Holzgewerbe diese vorläufige Lohnzulage gezahlt wird, haben die Arbeitervertreter eingewilligt, daß die Verhandlungen auf den 28. Juli vertagt werden. Hoffentlich wird alsdann eine endgültige und alle Teile befriedigende Verständigung erzielt werden.

Berlin und Umgegend.

Drohende Differenzen in der Winenschiffahrt.

Seit Beginn dieses Jahres haben die Schiffmannschaften der Elbe, der Oder und der märkischen Wasserstraßen die Forderung erhoben, den Monatslohn für die Bootleute auf 160 M. und den der Steuerleute auf 180 M. zu erhöhen. Es werden mit ganz geringen Abweichungen monatlich gezahlt: für Steuerleute der Elbe 150—170 M., für Bootleute der Elbe 130—135 M., für Steuerleute der Oder 145—153 M., für Bootleute der Oder 120—127 M. Die Arbeitszeit beträgt auf der Fahrt durchschnittlich 18 Stunden, so daß während der Fahrzeit ein Stundenlohn von 23—30 Pf. in Betracht kommt. Die Befahrung der Fahrzeuge ist durchweg reduziert, so daß eine erhöhte Arbeitsleistung herauskommt und die Ruhezeit der Mannschaften auf ein Minimum reduziert ist. Für die erhöhte Arbeitsleistung wird eine Entschädigung von 10 M. den ganzen Monat gewährt.

Mit diesen Lohnsätzen müssen die verheirateten Schiffmannschaften einen doppelten Haushalt führen.

Diese Verhältnisse haben den Mannschafsmangel in der Winenschiffahrt zu erheblichen Teilen mit verschuldet.

Diese unzureichenden Lohnsätze haben große Unzufriedenheit unter den Mannschaften hervorgerufen, so daß schon am 1. Juli Arbeitsstörungen drohten. Eine Versammlung der Mannschaften am 19. Juli in Stettin beschloß daher, die Organisationsleitung zu beauftragen, sofort Schritte zu unternehmen, um die Lohnfrage zur Entscheidung zu bringen. Es soll noch im Juli eine Konferenz einberufen werden, die alle erforderlichen Maßnahmen beschließt. Die Versammlung erwartet von dieser Konferenz, daß sie, wenn kein anderer Weg zum Ziele führt, eine Arbeitseinstellung in den Stromgebieten Elbe, Oder und märkische Wasserstraßen vorbereitet. Die Versammlung lehnt die Forderung, die durch die Lohnsenkung der Schiffahrt auf den benannten Strömen gezeitigt werden könnten, ab. Die Forderungen der Schiffmannschaften, die Monatslöhne der Bootleute auf 160 M., die der Steuerleute auf 180 M. zu erhöhen, sind bereits am 14. Februar d. J. den Unternehmern übermitteln. Das Kriegsamt hat am 25. Mai Kenntnis von der traurigen Lage der Schiffmannschaften erhalten und darauf am 9. Juni erklärt, daß es erst Ermittlungen anstellen solle, was vier Wochen in Anspruch nehmen würde. Diese Zeit ist verfloßen und nichts ist geschehen, so daß den Mannschaften nur noch der Weg der Selbsthilfe offen bleibt. Die Unternehmervereinigungen haben in dieser Zeit die Firmen, welche den Wünschen der Mannschaften Rechnung tragen wollten, hieran gehindert. Diese Erklärung soll dem Kriegsamt übermitteln werden.

Der Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter im Jahre 1916.

Der Verband war gezwungen, zweimal in Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten, um für das Hilfspersonal nur einigermaßen einen Ausgleich zwischen Einkommen und Steuerung zu schaffen. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Unternehmervereinigung, der Deutsche Buchdruckerverein, sich das erste Mal zwar mit den Gehilfen auf bestimmte Zulagen einigte, dem Hilfspersonal gegenüber sich aber nur zu nichtssagender Empfehlung aufschwang. Die Unternehmer der einzelnen Druckorte reagierten erst auf die sehr energische Vorstellung des Hilfsarbeiterverbandes. Es fanden allenthalben Verhandlungen statt mit dem Ergebnis,

daß Zulagen gewährt wurden. Allerdings sind diese Zulagen nicht überall erreicht worden, denn die Kollegen verschiedener Orte zeigten wenig Neigung, sich durch erschlößere Forderungen das zu holen, was unbedingt als ein Bruchteil des Ausgleichs für die drückende Steuerung gelten sollte, und doch herrschte überall Unzufriedenheit über die geringen Zulagen. Später wurde für die Gehilfen eine zweite Steuerungsulage bewilligt; diesmal wurde aber in der betreffenden Bekanntmachung des Deutschen Buchdruckervereins das Hilfspersonal vollständig übergangen, obwohl die Unternehmer die Erhöhung ihrer Druckpreise um 30 Proz. gerade in der Hauptphase mit den erhöhten Löhnen begründeten. Auch dieses zweite Mal mußten erst Verhandlungen erzwungen werden, in denen zunächst für die größeren Druckorte weitere Zugeständnisse erzielt wurden, die sich prozentual denen der Gehilfen nähern. Aber nicht überall hatten die Unternehmer das notwendige Verständnis für die Not des Hilfspersonals, und so zwang die sich immer mehr verschärfende Steuerung einen Teil der Mitglieder zur Abwanderung aus dem Beruf in die mehr lohnende Munitionsindustrie, so daß infolgedessen der Verband einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen hatte.

Während Ende 1915 6009 Mitglieder, und zwar 2392 männliche und 4517 weibliche vorhanden waren, schloß das Jahr 1916 mit 6534 Mitgliedern, 1880 männlichen und 4654 weiblichen, ab. Den Verbändmitgliedern nach war der Abgang an Mitgliedern nicht allzu erheblich, er betrifft ausschließlich männliche Personen, was ja auch durch die Zahl der Einberufenen erklärlich ist. Daß die Zahl der weiblichen Mitglieder noch um 137 zugenommen hat, ist ein Zeichen der unerminderten Werbekraft des Verbandes, der im ersten Kriegsjahr ganz besonders unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatte; die dadurch eingetretene Nulllosigkeit ist jetzt vollständig überwunden, die im laufenden Jahre betriebene Agitation hat zufriedenstellende Erfolge aufzuweisen. Die Kassenverhältnisse sind bedeutend besser geworden, der Bestand hat sich von 80 000 auf 187 625 Mark vermehrt; die Einnahmen sind allerdings mit 203 369 M. um rund 88 000 M. hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben. Der Ueberschuß von rund 30 000 M. über die Ausgaben von rund 173 000 Mark konnte hauptsächlich darum erzielt werden, weil die Arbeitslosenunterstützung nur in der Summe von 8811 M. in Anspruch genommen werden brauchte; über 46 000 M. wurden an Krank- und als Ergänzungsunterstützung an Kriegerfrauen ausbezahlt. Die statutenmäßigen Unterstützungssätze konnten im Berichtsjahre wieder in voller Höhe eingeführt werden. Trotz des nominalen Mitgliederrückganges ist also eine Verbesserung der Finanzlage eingetreten, aber auch eine innere Festigung des Verbandes ist dadurch zu konstatieren, als die verbliebenen Mitglieder rechnerischere Zahl geworden sind; denn die Anzahl der gezahlten Beiträge ist von 38 pro Kopf auf 44 gestiegen. Trotz aller Schwierigkeiten hat der Verband also das vorige Jahr gut überstanden und seine gesunde Fortentwicklung ist gesichert.

Ausland.

Zur Verlegung des internationalen Gewerkschaftssekretariats.

Wie bekannt, befindet sich das Sekretariat des internationalen Gewerkschaftsbundes in den Händen Legats in Berlin. Bald nach Kriegsausbruch errichtete Legat ein Zweigbüro in Amsterdam, um den Gewerkschaften der kriegführenden Länder Gelegenheit zu geben, den Verkehr miteinander und mit dem Gewerkschaftssekretariat durch Vermittlung des neutralen Hollands aufrechtzuerhalten. Der Sekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, Leon Jouhaux, verlangte jedoch die Uebertragung des Sekretariats nach einem neutralen Lande. Sein Zweck war, die leitende Stellung der deutschen Gewerkschaften in der Internationale zu beseitigen. Der Sekretär des englischen Gewerkschaftsbundes, Appleton, schloß sich diesem Verlangen an. Ingingen waren sämtliche internationale Gewerkschaftsorganisationen der neutralen Länder Europas sowie der mit Deutschland verbündeten Länder für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist ebenfalls der Ansicht der Neutralen, da statutenmäßig nur ein internationaler Gewerkschaftskongreß das Recht habe, über eine derartige Maßregel Beschlüsse zu fassen und die Abhaltung eines derartigen Kongresses sich vorläufig — trotz aller Bemühungen Legats — als unmöglich erwiesen habe. Bei der letzten Weihnachtsskonferenz des französischen Gewerkschaftsbundes in Paris war auch ein Schweizer Delegierter anwesend, dem es gelang, die französischen Gewerkschaften für einen internationalen Gewerkschaftskongreß zu gewinnen, wo auch die Frage der Uebertragung des internationalen Sekretariats zur Erledigung kommen soll. Wir haben darüber feinerzeit in unserem Bericht über die Weihnachtsskonferenz der französischen Gewerkschaften das Wesentliche mitgeteilt.

Unbestimmt war die Haltung des englischen Gewerkschaftsbundes geblieben. Wie jetzt Leon Jouhaux in der „Bataille“ vom 14. Juli berichtet, fand unlängst die Jahreskonferenz des englischen Gewerkschaftsbundes in Chester statt. Die Frage der Abhaltung eines internationalen Gewerkschaftskongresses und der Uebertragung des internationalen Sekretariats von Berlin nach einem neutralen Lande bildeten den Gegenstand längerer Diskussionen und es wurde beschlossen, diese Angelegenheit vorher einer Gewerkschaftskonferenz der alliierten Länder zu unterbreiten. Die Franzosen erklärten sich mit diesem Beschlusse einverstanden.

Parteinachrichten.

Heraus mit der Wahrheit!

Die „N. N.“ schreibt: Die „Nordhäuser Volkszeitung“ trägt es nicht, unsere Feststellungen über ihre Verpflichtungen gegenüber dem Ooerbürgermeister abgedruckt. Sie verbirgt sich hinter das Gewerkschaftsstatut, das eine Resolution angenommen hat, wonach das Blatt das Recht der Kritik gegenüber der Stadt nicht preisgegeben hätte. Diese Schwurzeugenschaft ist um so überzeugender, als die „Nordhäuser Volkszeitung“ selbst hervorhebt, daß das Statut seinerzeit an der Erledigung der fraglichen Angelegenheit beteiligt war. Die „Nordhäuser Volkszeitung“ kann sich alle Klauen sparen. Sie soll den Wortlaut ihrer dem Magistrat von Nordhausen abgegebenen Erklärung veröffentlichen — dann wird sich jede weitere Auseinandersetzung erübrigen.

Die unabhängigen „Raffen“.

Aus dem Wahlkreis Neuh. a. L. wird uns geschrieben: Wie berichtet, hat der Wahlkreis Neuh. a. L. auch Anschluß an die Unabhängigen gesucht und gefunden. Der Wahlkreis hat 15 000 Wähler. Die Kreisgeneralversammlung war von 44 Delegierten besucht. Eine ganze Anzahl Parteiorde waren nicht vertreten, der drittgrößte Ort von zwei Delegierten, Osterreichern, die in Deutschland keine politischen Rechte ausüben können. Zum Ueberdruß waren sie auch nicht zur Kreisgeneralversammlung gewählt worden, denn zur letzten Versammlung vor der Generalversammlung war niemand erschienen. In Greiz wählten 17 Mitglieder 5 Delegierte. Die lebhaftesten Ankläger waren, wie es nun einmal zu geschehen pflegt, jene, die zu Kriegsbeginn am lebhaftesten für Vaterlandsverteidigung geschwärmt hatten, oder aber jene, deren öffentliche Tätigkeit selbst keine Erfolge aufwies. Sie konnten sich nicht genug tun in der Kritik der parlamentarischen Tätigkeit und Erfolge der Mehrheit. Als aber eine kürzlich eine Versammlung in Gera stattfand, die vom Kasseler Generalkommando einberufen war und in der alle Anwesenden von einem anwesenden Generaloberst aufgefordert wurden, sich offen auszusprechen, da schwiegen sie sein stille und überließen es dem der Mehrheit angehörenden Genossen, Landtagsabgeordneten Fischer, gegen die Annerionisten zu sprechen und praktische Vorschläge zur Besserung der leider oft genug schwere Mängel aufweisenden Volksernährung zu machen.

Die Düsseldorf „Unabhängigen“.

Die unabhängige Düsseldorf „Volkszeitung“ hat das Bedürfnis, sich an uns zu richten, weil wir in der Notiz über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Düsseldorf kurz darauf hinführen, daß die „Unabhängigen“ in Düsseldorf nichts zugunsten der Arbeiterkraft unternommen haben. Sächlich kann die „Volkszeitung“ gegen den Vorwurf nichts einwenden; deshalb höflich sie, es sei nicht jedermanns Sache, bei den Behörden herumzudübeln und sich lieb kind bei denselben zu machen. Dabei weiß die „Volkszeitung“ sehr genau aus ihren eigenen Versammlungsberichten, daß bei der ganzen Aktion unserer Genossen für Aufhebung des Belagerungszustandes und Entlassung der Inhaftierten von Witten keine Rede sein kann. Vielmehr ist die Behörde, die von der Erregung in Arbeiterkreisen Kenntnis hatte, an die Arbeitervertreter herangetreten und unsere Genossen haben dann mit ihrer Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse den berichteten Erfolg erzielt. Dafür wissen ihnen vor allem die sofort aus der Haft Entlassenen großen Dank.

Der Landesauschuß der sozialdemokratischen Partei Ungarns hielt am Sonntag eine Sitzung in Budapest ab. Er nahm den Bericht über die Stockholmer Konferenz mit Genugtuung zur Kenntnis und billigte einstimmig den Standpunkt der ungarischen Delegierten. Der Landesauschuß gab die Erklärung ab, daß er sich mit begeistertem Freude dem mit Hilfe des skandinavischen Komitees ausgearbeiteten Antrag der russischen Arbeiterschaft anschließe, welche die Arbeiterschaft aller Länder zu einer internationalen Konferenz für den 15. August 1917 nach Stockholm zusammenruft. Die Beschlüsse der Konferenz wurde der Parteileitung und den Gewerkschaften überlassen. — Zur inneren ungarischen Politik wurde ein Beschluß gefaßt, der sämtliche Organisationen der Partei verpflichtet, dahin zu wirken, daß in den breitesten Kreisen eine intensive Agitation dafür getrieben werde, daß mindestens ein solches Wahlrecht Gesetzeskraft erlange, zu dem die neue Regierung sich durch Programm verpflichtet hat.

Parteitag der Volkswelt.

Die Volkswelt (Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft) haben einen Parteitag nach Petersburg einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die endgültige Stellungnahme zur Internationale.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Dierbach, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Ernst, Berlin; für Inserate: Th. Gode, Berlin. Druck u. Verlag: Friedrichs-Verlagsanstalt, Berlin SW. (Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.)

A. WERTHEIM

Wasch-Blusen

- Bluse aus weißem Mull mit Stickerei . . . 6.90
- Bluse aus Wasch-Schleierstoff mit reichem Stickerei-Vorderteil . . . 11.50
- Bluse aus buntgemustertem Wasch-Schleierstoff . . . 15.25
- Bluse aus buntgemustertem Wasch-Schleierstoff, mit fuchsartigem Kragen garniert . . . 15.25
- Bluse aus reich gesticktem Wasch-Schleierstoff . . . 16.00
- Bluse aus weißem Wasch-Schleierstoff mit Handstickerei und Spitzen garniert . . . 16.50
- Bluse aus Wasch-Schleierstoff mit Handstickerei garniert . . . 19.50

Damen-Kleider

- Kleid aus hellgestreiftem oder gemustertem Schleierstoff in jugendlichen modernen Formen . . . 49, 59, 96 Mk.
- Kleid a. dunkelgemustertem u. geblühtem Schleierstoff, kleidsame Formen . . . 59, 69, 79 Mk.
- Kleid aus weißem Schleierstoff mit Handstickerei oder farbig gestickt, elegant verarbeitet . . . 39, 59, 75 Mk.

Damen-Wäsche

- Taghemden mit Stickerei-Ansatz . . . 7.75
- Garnituren:
- Taghemden mit Stickerei-Durchzug und Ansatz 11.75
- Beinkleider dazu passend . . . 10.25
- Nachthemden dazu passend . . . 22.00
- Taghemden mit Stickerei-Ein- und -Ansatz . . 12.75
- Beinkleider dazu passend . . . 9.75
- Nachthemden dazu passend . . . 22.00
- Stickerei-Röcke . . 15.50, 23.50
- Spitzen-Röcke reich garniert . . . 22.50
- Untertaille mit Ein- und Ansatz garniert . 5.75
- Untertaille aus Punkt-Mull, reich garniert 10.75

Besondere Abteilung zur Anfertigung eleganter Damen-Kleidung nach Maß

Kleider-Röcke

- Röcke Weißer Kräuselstoff, m. Knöpfchen-garnitur und Gürtelpasse . . . 23, 27 Mk.
- Röcke Weißer Wasch-Voile, in hübscher Ausführung . . . 26, 33 Mk.
- Röcke Dunkler Wasch-Voile, in verschiedenen Preislagen und Ausführungen
- Röcke Dunkel meliert, mit Taschen- und Knopfgarnitur . . . 34, 38 Mk.
- Röcke Weiß-schwarz gestreifte Gabardin, gezogene Form, u. aufgesetzt, Gürtel . . 45 Mk.
- Seiden-Röcke i. eleganter, moderner Ausführung, verschiedenen Farben u. Preislagen.

Morgen-Röcke

- Morgenjacken aus Flauschstoff . . . 3.00 4.90 7.50
- Morgenjacken aus baumwoll. Stoffen . . . 6.50 12.50 16.50
- Morgenröcke aus baumwoll. Stoffen 21.00 24.00 37.00
- Seidene Morgenröcke in großer Auswahl.

Groß-Berlin

Alles zu haben, nur zahlen muß man können!

So ungefähr bietet sich heute unsere Lebensmittelversorgung dar. Die Wahrheit dieser Behauptung zu ergründen ist im Allgemeininteresse geboten. Der Nachweis fällt nicht schwer. Gerichtlich-verhandlungen erbringen ihn bereits. Eine Streife durch den Groß-Berliner Westen und Südwesten soll uns beiläufig sein, mehr Material zu beschaffen.

Schon unterwegs treffen einige Delikatessenläden die Aufmerksamkeit. Melonen, Pfirsiche, Feigen, Rosinen, Mandeln, Weintrauben in buntem Gemisch mit Wein- und Likörfässchen, Konservendüchsen mit Kal in Gelee, Delfarindinen, Lachs, Bratfisch, Leberpastete und dergleichen erregen das ohnedies vorhandene Vergehren. Doch die Kaufkraft ist zu schwach. Geradezu fabelhaft sind die Preise: Melonen 6-7 M., Pfirsiche 2-2,50 M. das Stück, Feigen 4,00 bis 8,00 M., Rosinen 3,00 bis 6,00 M., Mandeln 12,00 bis 15,00 M., Weintrauben 4,00 bis 6,00 M. das Pfund. Waren sind in ziemlicher Menge da, überall begegnet man ihnen wieder, leider nur für Zahlungsfähige, Auserwählte. Sich hierüber in Gedanken verlieren, hindert die dargebotene Abwechslung.

In der Auslage eines Restaurants, mehr für Arbeiter und Kleinbürgertum zugeschnitten, liegen, appetitlich hergerichtet, Torten, verschiedene Würste, ein Berg trockener Stullen. Alles zu haben ohne Marken! Beim Bestellen wird die Belehrung erteilt: Das sind keine Brot-, sondern Kuchenstücke zu 25 Pf. das Stück, Leberturst 90 Pf. das halbe Viertel, Torten 25 Pf. das Stück. Nach angebotener Probe hat der Kuchen in Aussehen und Geschmack verblüffende Ähnlichkeit mit unserem Brot; die Leberturst ist von gewöhnlicher Sorte. Dem Besucher bleibt die Magenleere.

Eine gelungene Schaufenster-Decorations eines Jüder- und Schokoladenwarengeschäfts erinnert an längst entschwundene Genüsse. Ueberall aber das famose Schild: Auslandsware! Dementsprechend bewegen sich die Preise in schwindelnder Höhe: Bonbons das Viertelpfund 2,25 bis 3,50 M., Kekel, Honigkuchen, Marzipan- und Schokoladenwaren, die letzteren meist in noch höheren Preislagen. So werden die für manche Volksschicht so nötigen Nährmittel zu Lederbissen gemacht.

Was zurzeit Märkerwarenläden bieten, ist bekannt: „Erlag“. Daneben einige dünne Wale zu 1,80 M. das Viertelpfund; stärkere, ungefähr 1/4 Pfund im Gewicht, zu 2,40 M. das Viertel und noch stärkere zu noch höherem Angebot. Plundern 2,20 M. das Pfund, kleine Fertige in Sardinengröße 1,40 M. das Pfund. Die vorherrschende Nahrungsmittelnappheit garantiert schnellen Ausverkauf.

Seltenheiten aber immer Anziehungskraft. So auch der „Nohfisch-Gadepeter“. Doch die Enttäuschung! Preise noch gelagener wie bei anderen Lebensmitteln, außerdem Abgabe nur portalmäßig und zu sofortigem Verzehren. Letztere Bestimmung ist allerdings mehr Formsache; das Pfund Nohfisch oder Wurst kommt aber doch auf 6-8 M., ein Paar Frühwürstchen, Gewicht 130 bis 140 Gramm, kosten 1,80 M., Schmordraten kostet ähnlich viel und Schlachtwurst gegen 8 M. das Pfund.

So hohe Fleischpreise leisten zu anderen Zeiten sicher dem Vegetarismus Vorschub, jetzt ist's um diesen gleichfalls äbel bestellt. Mehr noch wie in den letzten Jahren ist zurzeit der Gemüse- und Obsthandel in Bucherständen. Gemüse zu Höchstpreisen gibt's wohl nur bei Magistralbellegerung. Umweit einer Scholensoldat drängen sich Frauen um Mohrrüben. Das Bündchen für eine Mark, mit Kraut knapp ein Pfund, wird ihnen von der gutmütigen Händlerin in die Hand gedrückt. Weiter draußen in den Gärten werden Kohlrabi zu 1,80 M. die Mandel, auf den Märkten, sofern überhaupt etwas da ist, zu weit höheren Preisen verhandelt. Sie werden gekauft, weil andere Gemüse nicht zu haben und die Frauen sich des rechten Weges gegen derlei Lieberbortellungen nicht bewußt sind.

Um manche Erfahrung reicher, mit Bitterkeit und Wehmut zugleich erfüllt, wird Kost gemacht in einer Wirtschaft. Den Stoff für die Unterhaltung bietet die Lebensmittelversorgung. Verstoßen und auch ganz offen werden gute Ratsschläge erteilt, wie und wo etwas zu erhalten ist, „Marxensches“ natürlich bevorzugen. Die Praxis triumphiert über die Theorie. Für Geld und gute Worte gibt es eben noch Verschiedenes, selbst rationierte Nahrungsmittel. Das ist offensichtlich, wissen auch die Behörden. Doch es fehlt an wirklich durchgreifenden Maßnahmen.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

„Wozu hast Du also so herumgeführt mit der Tür?“

„Ich hab's ja gesagt.“

„Kannst Du wieder sagen!“

Anders schwieg.

„Kannst Du sagen? Was?“

„Während bin ich geworden,“ sagte Anders leise, schämte sich aber seiner Befähigung.

„Na, während bist Du geworden!“ rief der Alte, der jetzt wiederum voll Feuer und Flamme war, tappte die Treppe zu ihm hinab und gab ihm mit seinen schwieligen Händen vier, fünf Mautschellen. „Ja, ich werd' Dich lehren während werden! Was! so eine Menge!“

Bieder trat er dann auf den Treppenstein hinauf und sah wie vorher über den Hof.

„Geh in den Holzschuppen hinüber und bring das Türchen instand!“ sagte er kurz darauf.

Anders ging.

Wenigere Tage hindurch lebte er in ununterbrochenem Hass gegen seinen Vater, gab sich diesem Hass hin, ohne nach rechts oder links zu blicken, ohne sich darum zu kümmern, welches die Folgen sein könnten.

Doch als eine Woche vergangen war, erfolgte der Rückschlag mit unwiderstehlicher Macht. Er bekam keine milderen Gedanken über seinen Vater, aber das Ganze wurde zu Gottverlassenheit. Es dachte ihn, daß kein Gott in der Welt wäre, und hinwieder, daß er doch gegen Gott in Aufruhr läge.

Längere Zeit hindurch ging er in einem völlig vorläufigen Zustande umher. Nur die Augenblicke, die er ganz inhaltslos machen konnte, waren vor Unruhe erträglich. Und er ging so sonderbar unbeschäftigt dahin, meinte er, so allem möglichen Unglück preisgegeben.

Und da geschah denn auch etwas.

Er bekam Nachhilfe-Unterricht bei dem Lehrer des Kirchspiels. Als Kind hatte er Freischulunterricht bekommen, aber das war dann zu wenig gewesen. — Eines Nachmittags im Februar sitzt nun Anders in des Lehrers Stube; und der, ein junger Seminarist, erzählt ihm von den verschiedenen Religionen in Asien: dem Islam, Brahmanismus, Buddhismus, Konfuzianismus.

„Nein, nein, — aber wenn man es jetzt erfahren wollte, — jetzt, wo müßte man dann fragen?“

„Ja — alles geht ja durch Propst und Bischof. Ich glaube nicht, daß es unter die Schuldreflexion kommen könnte.“

„Aber wer kann es dann also wissen?“

„Ja, das wird ja der Minister sein. Der muß es wissen.“

„Wie heißt er?“

„Er heißt Goll — zurzeit wenigstens.“

„Und ist es dann sicher, wenn er es sagt?“

„Sicher? — Ja, dann muß es sicher sein. — Wir können nicht weiter damit kommen. Dann sind wir fertig. — Na, wovon wollten wir doch etwas hören? — Von den Erwerbsquellen in Asien.“

Des Anders Zustand wurde nach diesem Gespräch noch weit qualvoller als vorher. Er konnte nicht daran zweifeln, daß der Lehrer recht hatte und sein eigener Zweifel also ganz unberechtigt, ja wahrhaftig war. Und doch war der ebenso stark wie vorher. Ein paar Tage lang beschäftigte ihn wirklich der Gedanke, nach Kopenhagen zu gehen und den Minister zu fragen. Aber wie sollte er hinüberkommen? — Und wenn er versuchte, sich den Minister vorzustellen, — das war ja doch auch ein Mensch. Dann stand alles still. — Später dachte er daran, den Seminardirektor zu befragen. Nielsen-Petersen hatte gesagt, daß Gjeddes hier in Jütland liege; das war dann doch näher. Aber auch diesen Gedanken gab er auf.

Es war Frühjahr geworden. Jetzt war er siebzehn Jahr. Er dachte, er würde nie herauskommen aus diesem Jüdel, dieser Qual. — Die Erbitterung gegen seinen Vater glomm beständig in seinem Gemüt; sie erhielt auch reichliche Nahrung von draußen; und er konnte es nicht verhindern, daß dieser Erbitterung für sein eigenes Gefühl etwas Gottloses anhaftete. — Hierzu kam jetzt im Frühjahr eine Angst banor, daß er sich gewiß geradezu dem Teufel verdrüben hätte. — Beim Lesen in Angemams „Schwarzen Katern“ war der Gedanke in ihm entstanden. Er mußte wohl auch nur in Gedanken diese Verdrübung oder Verdrübung an den Wäsen vollzogen haben, aber in derlei Dingen konnten es wohl die Gedanken auch ausmachen. Und an dem Abend — oben auf dem Speicher — waren seine Finger doch vielleicht in Schwurlage gewesen, während er die gottlosen Gedanken hatte, und dann war da ja sowohl Gedanke wie Handlung; dann waren ja alle Vorbedingungen für die Hölle gegeben.

(Fortf. folgt.)

nahmen, Jedem das Seine zuteil werden zu lassen. Wird das Uebel nicht bald und energisch an der Wurzel gefaßt, dann werden der Schleichhandel und der offene Verkauf der verächtlichen „Auslandswaren“ in noch erhöhtem Maße das Volk auslaugen. Das Allgemeininteresse erfordert aber: Jedem sein Anteil an den vorhandenen Nahrungsmitteln, keine Bevorzugung der Zahlungsfähigen; Dauernder Mangel an durchgreifenden Maßnahmen müßte sich bitter rächen.

Die Juristische Sprechstunde

bleibt in der Woche vom 23. bis 28. Juli geschlossen.

Kein Kleinhandel mehr mit Auslandsfleisch.

Neben dem von inländischem Vieh stammenden Fleisch, das im Kleinhandel den vorgezeichneten Höchstpreisen unterliegt, kommen in verschiedenen Städten kleinere Mengen von Fleisch in den Handel, die aus dem Auslande zu teureren Preisen eingeführt waren. Die dadurch entstehende Verwirrung hat nicht selten zu Schiebung und berechneter Anzuehmigkeit der Bevölkerung Anlaß gegeben. Es ist nunmehr ein Uebereinkommen der beteiligten Stellen dahin erzielt worden, daß vom Auslande eingeführtes Fleisch und Fleischwaren anderweit verwertet werden und im freien Verkehr des Kleinhandels nicht mehr erscheinen. Durch eine Verordnung des Reichsanwalters ist, um jede Unklarheit künftig auszuschließen, angeordnet worden, daß vom 1. August ab auch für (wirklich oder angeblich) aus dem Auslande eingeführtes Fleisch bei der Abgabe an Verbraucher keine höheren Preise als die für die Inlandsware geltenden gefordert werden dürfen.

Die Fabrikarbeiterin und der Gemüseverkauf.

Man schreibt uns: Es ist mir, wie den meisten meiner Arbeitskolleginnen, in diesem Jahre noch nicht möglich gewesen, freies Gemüse zu erhalten. Ich arbeite in einer Fabrik, eine Woche freischicht von 6 bis 4 Uhr, die andere Woche Nachtschicht von 2 bis 11 Uhr. Kommt man nun von der ersten Schicht nach Hause, so findet man sämtliche Gemüsegeschäfte vollständig geräumt. Hat man aber Nachtschicht, so wird es Mitternacht ehe man zur Ruhe kommt und man kann andern Tages nicht um 5 Uhr schon wieder auf den Weinen sein zu der unvermeidlichen Stehparade; besonders wenn man noch Kinder zu versorgen hat und wieder pünktlich zur Arbeit muß. Aber die Händler erklären einfach: „Wir dürfen nichts zurücklegen“. Auf keinen Fall kann es so weitergehen, daß immer dieselben Personen, die Zeit haben, die Lebensmittel einheimen, während die arbeitenden Frauen regelmäßig leer ausgehen; ebentl. müßte den betreffenden Fabrikern Gemüse überwiesen werden, damit es an die richtige Adresse kommt. Die Empörung über diese Benachteiligung ist unter den arbeitenden Frauen groß.

Die Brennholzpreise.

Der Kriegsausbruch für Konsumumenteninteressen war an das Kriegsamte wegen Maßnahmen zur Verhinderung des Preiswuchers in Brennholz herangetreten. In einem erneuten Schreiben bittet der Ausschuss, das Kriegsamte möge auf größte Beschleunigung der preussischen Verwaltungsmassnahmen drängen, denn im Gegensatz zu anderen Staaten biete der größte deutsche Bundesstaat, auch hier wieder das Bild langameren Arbeitens, das immer erst gut unterrichteten Interessenten und wohlhabenden Kreisen die Verwirklichung besonderer Wünsche auch dann ermöglicht, wenn die Erfüllung dieser Wünsche den allgemeinen Interessen entgegensteht. Weiter legt der Ausschuss dar, daß entgegen der Auffassung des Kriegsamtes wohl ein Verbot der Holzauktionen und die Festsetzung von Höchstpreisen möglich sei. Der Ausschuss weist auf die vorzügliche Regelung der Holzpreise hin, die vom bayrischen Finanzminister getroffen worden sei. Dort finde man eine Kontingentierung der Schläge in den einzelnen Regierungsbezirken, die Errichtung von Landes- und Kreisbrennholzstellen, Festsetzung von Höchst- und Höchstpreisen, Abgrenzung von Versorgungsbezirken und ein Verbot der Versteigerungen. Die einheitliche Regelung der Brennholzversorgung für ganz Deutschland erscheint unerlässlich. Die bisherigen Maßnahmen gäben dafür eine vorzügliche Unterlage. Durch eine Ungültigkeitserklärung aller Vorverträge wären sie zweckmäßig zu ergänzen.

Der gewissenhafte Kassenarzt.

Im „Vorwärts“ wurde kürzlich geäußert, wie sehr bei den Krankenkassen Berlins in diesem Jahr die Zahl der arbeitsunfähig

Kranken gegenüber dem vorigen Jahre gestiegen ist. Krankenkassen und ihre Ärzte hatten es in solchen Zeiten für Pflicht, die leidige Situation zu erleichtern, als sonst zu betreiben. An sich verdient es ja durchaus Billigung, daß man betrügerische Ausnutzung der Krankenkassen zu verhindern sucht. Nur sollte dieser berechtigten Wunsch nicht dazu verleiten, vorzeitig Mißtrauen zu bekunden und ehrliche Leute zu strafen. Bei einer großen Betriebskrankenkasse widerfuhr das vor einigen Tagen einer erwerbsfähigen Kriegerfrau, die einen Kassenarzt aufsuchte. Der Arzt sagte ihr, ehe er sie krank schreiben könne, müsse er sie untersuchen. Dem heute, fügte er erklärend hinzu, gehe alles auf Krankenkassen ausnutzung aus. Wie wenn es nicht ohnedies selbstverständlich wäre, daß er nach pflichtmäßigem Ermessen gewissenhaft zu verfahren und nötigenfalls eine Untersuchung vorzunehmen hat! Durch seine überflüssige und ungebührliche Rederei fühlte die Frau sich um sehr mehr beleidigt, weil sie in vier Jahren bisher nur einmal für eine einzige Woche Krankengeld erhalten hatte. Als sie die verkehrende Bemerkung des Arztes zurückerwiderte, lenkte er ein, und er beschleunigte ihre dann Arbeitsunfähigkeit wegen Nervosität. Gerade bei Kranken mit Erkrankungen des Verdauungssystems ist eine solche vorzeitige Mißtrauensbekundung sicherlich nicht geeignet, beruhigend und gesundheitsfördernd zu wirken. Der zufällig mit Urlaub in Berlin weilende Ehemann rückte dem Kassenarzt auf die Wade, um ihm seine Meinung zu sagen. Der Herr Doktor aber vermochte sich gar nicht zu erinnern, etwas Derartiges gedächert zu haben, und bestritt es rundweg. Man sieht, wie rasch einer die Kränkungen vergessen kann, die er anderen zugefügt hat. Hätte die sich beleidigt fühlende Frau dem Arzt sogleich die Antwort gegeben, die ihm gehörte — er hätte sie wohl nicht so bald vergessen.

Beachte die Seisensordnung! Das Kriegswuheramt hat dem Kaufmann Hugo Jonas, Berlin, Eschschstr. 5, wegen Unzuverlässigkeit den Handel unterlag. Jonas hatte wiederholt Seise an Selbstverbraucher ohne Vorlegung der für die jeweilige vierten Monatswochen bestimmten Brotkarten und an einzelne Portionen größere Mengen als 500 Gramm abgegeben. Vor Gericht erhielt Jonas eine Geldstrafe von 380 M.

Freigabe der Gemüsekonserven. Die noch im Kleinhandel befindlichen Gemüsekonserven sind zum Verkauf freigegeben worden. Der Verkauf erfolgt gegen Abkennung des Abschnittes 91 der Berliner Lebensmittelkarte. Da zumeist 1-Kilogramm-Wägen vorhanden sein werden, werden zu deren Bezug zwei Lebensmittelkarten zusammen vorgelegt werden müssen. Soweit 1/2-Kilogramm-Wägen vorhanden sind, darf auch auf eine Lebensmittelkarte ein halbes Kilogramm bezogen und abgegeben werden. Der Käufer hat aber weder auf eine bestimmte Gemüsesorte, noch auf eine bestimmte Packung Anspruch.

Reisenreise für Arbeiterkinder.

Die Veranstalter der Reisenreisen für Arbeiterkinder (Pindensstraße 114) bitten uns, mitzutellen, daß die Anmeldebücher für die nächste Ausreise infolge des starken Andranges schon geschlossen werden müßte.

Verhaftung wegen Butterstiehlungen. In dem Nordseebad Wal auf Hoyer ist der Berliner Butterhändler Pflornig verhaftet worden, der seit Anfang Mai von der Berliner Kriminalpolizei wegen umfangreicher Butterstiehlungen gesucht wurde. Pflornig, der in dem vornehmsten Strandhotel abgeblieben war, wurde von drei Altsburger Kriminalbeamten festgenommen. Er betrieb mit seinem Schwiegervater, dem bereits verhafteten Kaufmann Schwanebeck, unter der Firma Schwanebeck & Co. in Ransow ein Buttergeschäft und hatte zwei bei der Brotkommission angestellte junge Mädchen durch Geschenke veranlaßt, für ihn fortgesetzt Butter- und Brotkarten zu entnehmen. Aus Nachforschungen wird dem „Vorwärts“ mitgeteilt, daß den Berliner Butterhändlern die Kontingentserteilung zum Butterhandel an Schwanebeck und Pflornig rüffelhaft erscheint. Beide haben in der Geschäftswelt einen schlechten Namen und sind bereits vor dem Kriege mehrfach mit dem Strafrichter in Konflikt geraten.

Töblicher Eisenbahnunfall. Auf der Ferngleisstraße Karlshorst-Kammelsburger Abstellbahnhof fand ein Beamter die Leiche eines Mannes. Das rechte Bein war vollständig vom Kumpfe getrennt, der Kopf und das linke Bein wiesen schwere Verletzungen auf. Der Tote ist der 31jährige Hilfskassierer Hermann Kufel aus der Friedrichstraße 14a in Lichtenberg. Es wird angenommen, daß Kufel als Zugbegleiter Dienst tat, während der Fahrt vom Zuge abgesetzt und überfahren worden ist, ohne daß der Unfall bemerkt worden wäre.

Selbstmord. In einem Hause an der Wörber Straße stürzte sich ein dort bei seiner Mutter wohnendes Fräulein B. aus dem Fenster des fünften Stockwerks auf den Hof. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Lebensmüde, ein 32 Jahre altes Fräulein, war kurz vor der Tat aus der Sommerfrische zurückgekehrt, wo die Mutter noch weilte. Ueber den Beweggrund des Selbstmordes ist nichts bekannt.

Neulöcher Lebensmittel. Um ein Verderben der bei den Kleinhandlern befindlichen Restbestände an Getreide zu verhindern, werden dieselben zum Verkauf unter folgenden Bedingungen freigegeben:

- a) Der Verkauf darf nur an Neulöcher Einwohner erfolgen.
- b) Der Verkaufspreis beträgt 28 Pf. für je 500 Gramm. — Vom Montag, den 23. Juli ab werden in den städtischen Verkaufsstellen Anzehestr. 24, Kirchhofstr. 45, Wildenbruchstr. 87, Donaustr. 131, Steinwegstr. 114, Herrfurthstr. 9, Rogaustr. 12, Herbergstr. 7-8, Namfstr. 4, Pfäfersstr. 7, Wobbinstr. 42, auf den Abschnitt 3 der Neulöcher Lebensmittelkarte für Jugendliche 1 Pfund Speisemalz, auf den Abschnitt 4 der Neulöcher Lebensmittelkarte für Jugendliche 1/2 Pfund Weizengrieß abgegeben. Und zwar erfolgt die Abfertigung an Inhaber der Lebensmittelkarte für Jugendliche Serie A am Montag, den 23. Juli, an Inhaber der Lebensmittelkarte für Jugendliche Serie B am Dienstag, den 24. Juli, an Inhaber der Lebensmittelkarte für Jugendliche Serie C am Mittwoch, den 25. Juli, an Inhaber der Lebensmittelkarte für Jugendliche Serie D am Donnerstag, den 26. Juli, an Inhaber der Lebensmittelkarte Serie E am Freitag, den 27. Juli, an Inhaber der Lebensmittelkarte für Jugendliche Serie F am Sonnabend, den 28. Juli. Der Verkaufspreis beträgt für 1 Pfund Speisemalz, Ausfuhrware 60 Pf., für 1 Pfund Speisemalz in Dosen 70 Pf., für 1/2 Pfund Weizengrieß 14 Pf.

Schöneberg. Die Zulassungskarten für die Zeit vom 23. Juli bis 5. August können die Empfangsberechtigten vom 23. Juli ab in den Dreikommissionen in der Zeit von 8-12 Uhr gegen Vorlegung eines Legitimationspapiers in Empfang nehmen.

Panow. Schwerstarbeiter, die bisher eine zweite Kartoffelkarte als Zulassungskarte erhalten haben, werden vom 6. August ab nur zwei Kartoffelzulassungskarten, also 1/2 der bisherigen Zulage erhalten.

Lichtenberg. 85 Gramm Tilfiter Käse zum Preise von 35 Pf. sind vom Montag, 23. Juli, in der städtischen Verkaufsstelle, Frankfurter Allee, Ecke Kronprinzenstraße, zu haben. Der Käse kann ohne vorherige Anmeldung gegen Abtrennung der drei gleichlautenden Abschnitte 66 B entnommen werden. Die Verteilung auf die einzelnen Lebensmittelkarten wird durch Ausgang in der Verkaufsstelle bekanntgegeben.

Bris. Lebensmittel. In der Woche vom 23.-29. Juli gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Abgabe auf Abschnitt 58 Getreidemehl (1/2 Pfund je Person), Abschnitt 59 Nudeln (1 Teller je Person), Abschnitt 60 Erbsen (1/2 Pfund je Person), Abschnitt 61 verschiedene Waren (Fischkonserven, Bismarckfleisch, Nudeln und Nudeln, etc.), Abschnitt 62 Sonderzuteilung. Ferner werden abgegeben: Pfeffer, Zwieback, Salz, Gurken, Streichhölzer und Salmiak-Waschmittel. Die Abgabe der Waren erfolgt für die Lebensmittelkarten Nr. 1-800 am Montag, 23. Juli, 801-1600 am Dienstag, 1601-2100 und Nachzügler der vorhergehenden Tage am Mittwoch, 2101-2900 am Donnerstag, 2901 bis 3700 am Freitag, 3701 bis Schluss und Nachzügler der vorhergehenden Tage am Sonnabend. Nachzügler der Nr. 3701 bis Schluss am Montag, den 30. Jeder hat unbedingt innerhalb dieser Reihenfolge seinen Einkauf zu bewirken. Sollte durch Nachzügler ein zu großer Andrang entstehen, so haben sie keinen Anspruch auf Abfertigung.

Friedrichshagen. Die Verordnung betreffend Kohlenverteilung in Groß-Berlin hat auch für unseren Ort eine Neuregelung im Koksverkauf gebracht. Das Mittelstück der vom 9. Juli ab gültigen Reichsleistungskarte berechtigt diejenigen Haushaltungen, die weder Kohlen noch Koks besitzen, zur Entnahme von höchstens 1/2 Hektoliter. Solange der Vorrat reicht, findet der Verkauf jeden zweiten Wochentag (Dienstag, Donnerstag und Sonnabend) in der Zeit von 9-12 Uhr vormittags statt.

Romowsk. Lebensmittel. In dieser Woche (bis Sonntag) kommen zur Verteilung: Auf Kartenabschnitt 33 pro Kopf 1/2 Pfund Sago und auf Kartenabschnitt 32 1/2 Pfund Graupengrütze; vom 3. bis 22.: Auf den grünen Kartenabschnitt 38 Hafermehl, auf Kartenabschnitt 39 Puddingpulver und auf Kartenabschnitt 40 ausländisches Parmelade. Die Lebensmittelkarten für den Bezug der drei letztgenannten Waren müssen bis Montag, den 23., und Dienstag, den 24., bei den Kleinhandlern abgegeben werden.

Industrie und Handel.

Die Verteilung der neuen Körnerernte.

Der Bundesrat hat Festsetzungen über die für Saatwecke freigegebenen Getreidemengen getroffen. Diese sind gegenüber dem Vorjahre unverändert geblieben. Die Landeszentralbehörden sind wie bisher berechtigt, wenn es die Verhältnisse erfordern, im Einvernehmen mit der Reichsleistungskarte eine Erhöhung der für den Hektar freigegebenen Ausstattungen einzutreten zu lassen. Gleichzeitig hat der Bundesrat für

alle den Selbstversorgern für Ernährungszwecke freigegebenen Getreide- und Hafermengen, und zwar vorläufig für die Zeit bis zum 30. September 1917, Bestimmung getroffen. Während im vorigen Jahre ein beliebiger Teil der von den Erzeugern freigegebenen 40 Proz. der Getreide zu Ernährungszwecken dienen, sind jetzt — und zwar vorläufig für die oben genannte Zeit — für den Kopf und Monat 4 Kilogramm Hafer und Getreide zusammen freigegeben worden. Die Regelung des Verbrauchs von Getreide zu Futterzwecken bleibt so lange vorbehalten, bis sich die Ernteaussichten besser übersehen lassen.

Absonderliche Mittel.

Zu sonderbaren Mitteln greift der Pittauer Stadtrat, um die an sich sehr fördernden Goldmünzlagen in kräftigen Fluss zu bringen. Er verdrückt denen, die vom 15. Juli bis zum 15. August Goldmünzen abliefern, ein Pfund ausländisches Roggenmehl zum Preise von 1,25 M., und zwar für jedes Pfundmehl wird ein Pfund Mehl gegeben. Diese Bekannmachung mutet die „Pittauer Volkszeitung“ — wie sie schreibt — mehr als sonderbar an; nun sollen die Patrioten, die ihr Geld zurückbehalten haben, auch noch belohnt werden.

Die Lebenskosten in der Schweiz.

Nach der Statistik des Verbandes der Schweizerischen Konsumvereine über die Lebenskosten beträgt die Ausgabe für die notwendigen Lebensmittel einer fünfköpfigen Familie unter Zugrundelegung eines Einkommens von 3000 Frank am 1. Juni 1917: 1885,87 Frank, am 1. Juni 1916 betrug sie 1455,92, am 1. Juni 1914 — 1043,03 Fr. — In drei Jahren haben sich die Kosten um 78,8 Proz. erhöht. Die fortschreitende Teuerung war seit Kriegsausbruch am intensivsten in diesem letztvergangenen Vierteljahr.

Soziales.

„Ähnliche Dienste“ im Sinne der Kriegswochenhilfsverordnungen?

Die Wochenhilfe wird an Ehefrauen gewährt, wenn ihre Ehemänner dem Reichskriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Dienste leisten. Der Begriff dieser „Ähnlichen Dienste“ ist in einem Falle strittig geworden, den das Reichsversicherungsamt am 20. März er. entschieden hat. Ein Hilfsweihensteller A. war als militärdienstpflichtige Person der Militärreisbahnverwaltung zur Beschäftigung im Feldweihenbahndienst überwiesen. Nach Entbindung seiner Ehefrau forderte diese die Wochenhilfe mit der Begründung, daß es sich bei ihrem Manne um „Ähnliche Dienste“ im Sinne der Kriegswochenhilfsverordnung vom 3. Dezember 1914 handle. Die Betriebskrankenkasse, bei der der Ehemann vor der Ueberweisung in der erforderlichen Zeit beschäftigt gewesen war, lehnte den Anspruch ab, weil der Ehemann nicht als Soldat zum Deeresdienst eingezogen sei. Das Reichsversicherungsamt verurteilte zur Gewährung der Wochenhilfe. Die Betriebskrankenkasse legte Verurteilung ein und machte besonders geltend, daß die zum Feldweihenbahndienst gehörigen Personen ohne Rücksicht darauf, ob sie militärdienstpflichtig seien oder nicht, eine gleichmäßige, sehr ausdehnende Abkennung bezögen. Ihre Arbeiten dienten zwar militärischen oder Kriegszwecken, doch würden sie von freien Arbeitern auf Grund eines freiwillig eingegangenen Arbeits- oder Dienstverhältnisses und gegen Entgelt verrichtet. Den Feldweihenbahndienstlichen siehe auch jederzeit das Recht zu, ihr freiwillig eingegangenes Dienstverhältnis aufzugeben. Die Militärdienstpflicht könne nicht entschuldigend sein, da sich sonst für die Ehefrauen der zum Feldweihenbahndienst eingegangenen militärdienstpflichtigen Personen ein unangenehmer Vorteil gegenüber denjenigen Ehefrauen ergebe, deren militärdienstpflichtige Ehemänner im heimatischen Eisenbahndienst gegen weitaus geringere Bezüge beschäftigt wären. Das Reichsversicherungsamt hat die Sache nicht selbst entschieden, sondern zur grundsätzlichen Entscheidung an das Reichsversicherungsamt abgegeben und seine Rechtsauffassung dahin fundgegeben, daß die Dienstleistung des A. nicht zu den Kriegs- oder ähnlichen Diensten zu rechnen sei; denn A. habe infolge der mit seiner Einwilligung erfolgten Verwendung bei einer zivilen Eisenbahninformation in einem besetzten Gebiete seine Erwerbstätigkeit nicht unterbrochen, er beziehe ein höheres Einkommen als im Inland, erhalte eine Kommandozulage und sei daher wohl in der Lage, für seine Familie zu sorgen. Der Umstand, daß er der militärischen Kommandogewalt unterliege, sei nicht von Belang.

Das Reichsversicherungsamt hat die Verurteilung zurückgewiesen. A. gehöre nach der Verordnung und nach der Militärreisbahnverordnung für die Dauer der militärischen Dienstleistung zu den Personen des Soldatenstandes. Er habe auch mindestens den Kriegsdienst ähnliche Dienste im Sinne des § 1 Nr. 1 der Wochenhilfsverordnung geleistet. Dem siehe auch nicht entgegen, daß er für seine Tätigkeit Bezüge erhalten habe, die über die übliche Löhnung von Personen des Soldatenstandes erheblich hinausgehen. In der Bekannmachung vom 3. Dezember 1914 sei die Gewährung der Kriegswochenhilfe nicht an eine bestimmte Grenze der für die Kriegs- oder ähnlichen Dienste gewährten Bezüge gebunden, was sich schon daraus ergebe, daß hier an die Gewährung der Wochenhilfe Bedingungen weder hinsichtlich des militärischen Grades noch hinsichtlich des Einkommens des Ehemannes geknüpft werden. Der hieraus sich ergebende Folgerung, daß eine der wahlweise zu fordernden Voraussetzungen des § 1 Nr. 1 der Bekannmachung vom 3. Dezember 1914 erfüllt sei, lasse sich auch nicht mit dem Einwand begehen, der Ehemann der Klägerin habe auch als Person des Soldatenstandes seiner Erwerbstätigkeit nachgehen können.

er sei also nicht durch die Kriegs- oder ähnlichen Dienste an der Ausübung seiner Erwerbstätigkeit verhindert worden. In § 1 Nr. 1 der erwähnten Bekannmachung sei von der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit die Rede; das könne nur dahin verstanden werden, daß es sich um Erwerbstätigkeit nach vorhergegangener Leistung von Kriegs- oder ähnlichen Diensten handle. Die Kriegs- oder ähnlichen Dienste selbst stellen eine Erwerbstätigkeit nicht dar. Danach seien die Dienste des zum Feldweihenbahndienst herangezogenen militärdienstpflichtigen, d. h. wehrpflichtigen Personals ohne Rücksicht auf die Art und Höhe des Verdienstes als Kriegs- oder ähnliche Dienste im Sinne der Bekannmachung vom 23. April 1915 anzusehen. Der Klägerin sei jedenfalls mit Recht der Anspruch auf Kriegswochenhilfe zuerkannt worden.

Aus aller Welt.

Durch elektrischen Strom getötet. Der neunjährige Fritz Brandt aus Freudenberg bei Eberswalde war auf einen Mast der Hochspannungleitung der Märkischen Elektrizitätswerke geklettert, obwohl an dem Mast eine große Warnungstafel angebracht war, in der auf die drohenden Gefahren hingewiesen wird. Daran ließ es sich der Junge jedoch nicht genügen, er kletterte mit vieler Mühe durch das Schutzgitter hindurch, das die eigentliche Hochspannungsleitung umgab. Bei der Berührung des Leitungsdrahtes erhielt der Knabe einen elektrischen Schlag, wurde zurückgeschleudert, blieb aber oben am Mast in der Traversen hängen. Die Kleidung des Jungen fing Feuer und der bedauerndwertige Knabe erlitt schwere Brandwunden; ein Fuß brannte buchstäblich ab. Der Unglücksfall wurde wohl bald bemerkt, Hilfe war jedoch zunächst nicht möglich, da jede Berührung des vom elektrischen Starkstrom durchflossenen Körpers des Kindes Lebensgefahr bedeutete. Es mußte erst telefonisch die nächste Betriebsstelle benachrichtigt werden. Nachdem der Strom ausgeschaltet worden war, konnte der Knabe befreit werden. Er starb nach einigen Stunden unter entsetzlichen Schmerzen.

Frauenleseabende.

Charlottenburg. Montag, 23. Juli, im Jugendheim, Rosenstr. 3, vorn I: Berichtserstattung und Diskussion.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Weihensee. Am Dienstag, den 24. d. M., findet im Jugendheim, Charlottenburger, Ecke Lassostraße, ein Vortrag über Hans Thoma statt. Regier Besuch erwünscht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde bleibt in der Woche vom 23.-28. Juli geschlossen.

N. 2. 100. Die Lösung kann gewährt werden, wenn Bedürftigkeit vorliegt, die als gegeben erachtet wird, wenn die Kriegsunterstützung gezahlt wird. — **N. 2. 85.** Die Frau hat, da sie selbst Waisen lebt, Anspruch auf Wittwengehalt, dessen Höhe wir nicht angeben können, da wir nicht die Anzahl der geliebten Waisen und die Beitragsklassen wissen. — **N. 500.** Wir würden Ihnen empfehlen, Ihre Sache durch das Versicherungsamt entscheiden zu lassen. — **G. 3. 20. 1. Rein. 2.** Die Mutter kann in diesem Fall dazu nicht verpflichtet werden. — **Erzgebirge 20.** Den Gehalt des Salkungsausgleiches für Ihren Bezirk können wir hier nicht feststellen; fragen Sie beim Arbeitersekretariat oder Metallarbeiterverbandsbureau in Chemnitz an. — **W. 3. 7. Rein.** — **W. 3. 12.** Nach § 127a der Gewerbeordnung kommt das Lehrverhältnis zur Ausbildung, wenn Sie als Vater dem Lehrherrn gegenüber die jährliche Erklärung abgeben, daß Ihr Sohn zu einem anderen Berufe übergeben will. Will die Firma den Vertrag nicht lösen, so müßten Sie Klage beim Gewerbeamt einreichen. — **S. 100.** Sie werden zum Deeresdienst eingezogen und können sowohl in Ihrem Berufe wie auch zu anderen militärischen Arbeitsdiensten herbeigeeht werden. — **Verdubbin.** Sie haben Anspruch auf Unterstützung für das Kind. Die Gemeinde Ihres Wohnortes ist zur Zahlung verpflichtet. — **B. M. 1895.** 1. Rein, nur bei einem Einkommen bis zu 2500 M. 2. Der gegenwärtige Verdienst wird auf das Jahr umgerechnet. 3. Rein, Sie sind nicht mehr versicherungspflichtig. 4. Das können wir nicht bestimmen angeben. — **A. 3. 79.** 1. Sie können verpflichtet werden, auch nach dem Tode der Mutter noch die restliche Unterstützungssumme abzugeben. 2. Diese Bestimmung trifft nicht für den Krankheitsfall zu, der Lohn kann abgezogen werden. — **J. M. 66.** Der Betrag ist rechtsgültig. — **Erzt. Fabrikanten 16.** Ja, nach einem halben Jahre. — **N. G. ältester Abnehmer.** Fragen Sie darüber beim Gemeindevorsteher an. — **N. 16.** Es besteht kein rechtlicher Anspruch auf das Monatsgehalt. — **N. 9. 1. Rein.** 2. Ein absolutes Recht darauf haben Sie nicht, die Kapitalabfindung kann gemindert werden. 3. und 4. Die städtische Fürsorgebehörde ist die zuständige Stelle. 5. und 6. 1460 M. — **R. 2.** Wenden Sie sich an Herrn Scheimart Jungheim, Direktor des Reichslandes; vielleicht erhalten Sie von dort aus das Gemütsheft. — **Einbürgerung 41.** 1. Borchender Dietrich, Neulöcher, Kaiser-Friedrich-Strasse 107. 2. Im Haushalt nicht möglich. Dazu gehören unangenehme materielle Einrichtungen. — **N. 20.** 1. Nicht bekannt. 2. Wenden Sie sich an den Bund der Kriegsteilnehmer, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. — **G. 3. 100. Ja.** — **M. 24. 103.** 1. Dafür hat der Väter zu sorgen, er muß sonst für den eventuellen Schaden aufkommen. 2. Rein, das wird wohl ohne dem nicht abgehen. 3. Rein. — **N. 3. 30.** In die Betriebsleistung. — **S. 100.** Es werden zu dem gegenwärtigen Verdienst eingeschätzt, weil ein voller Jahresarbeitsverdienst vom Vorjahre nicht vorliegt. — **N. 2. 100.** Die Sache wird wohl durch Klage beim Gericht entschieden werden müssen; unserer Meinung nach steht Ihnen das Eigentumrecht zu. — **G. H. 50.** Die Unterstützung kann gestützt werden; bei dem von Ihnen angegebenen Verdienst scheint uns aber eine Rürzung nicht gerechtfertigt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Jemlich kühl, veränderlich, bewölkt; öfter leichte Regenschauer.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Eichenstraße 83-85. Geschäftzeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 23. Juli 1917:

Bezirks-Veranstaltungen

für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

- Norden:** Pharisäer, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden:** Büttner's Resthä, Schmedter Str. 23, abds. 8 1/2 Uhr.
- Norden:** Franke's Resthä, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- Noahit:** Sand's Resthä, Beuststr. 9, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg:** Volkshaus, Rosenstr. 4, abds. 8 1/2 Uhr.
- Westen, Schöneberg und Steglitz:** Kaiser-Wilhelm-Garten, Friedmann, Rheinstr. 65, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten und Nordosten:** Comeniusstr., Kemeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Lichtenberg und Stralau-Kummelsburg:** Blume, Alt-Bergerweg 56, abends 8 1/2 Uhr.
- Weissensee:** Restaurant Nalke, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.
- Südbezirke:** Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1, abends 8 1/2 Uhr.
- Neukölln:** Ideal-Resthä, Weichselstr. 8, abends 7 1/2 Uhr.
- Tegel:** Leonhardt, Tegel, Berliner Str. 84, abends 6 Uhr.
- Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umgegend:** Restaurant Bornede, Oberschöneweide, Bismarckstr. 18, abends 8 1/2 Uhr.
- Spandau:** Drey's Restaur., Spandauer, Kurstr. 21, abds. 8 Uhr.

Tagesordnung in allen Veranstaltungen:

1. Bericht von der Generalversammlung in Köln.

2. Diskussion.

Chne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Bezirksorganisation Groß-Berlin

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Donnerstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr,

pricht

Reichstags-Abg. Philipp Scheidemann

über:

„Deutschlands Zukunft“

im großen Saale des Lehrer-Vereinshauses, Alexanderstr. 41 (am Alexanderplatz).

Zutritt zu der Veranstaltung ist nur gegen Karten gestattet.

Wir ersuchen die Parteigenossen, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen, die bei den Vorstandsmitgliedern der Sozialdemokratischen Vereine und im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, Hof II, 3 Treppen, zu haben sind.

Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt.

Der Bezirksvorstand.

Keine Wanze mehr für Mk. 1,50

Nur mit Nocolal I und II zu erzielen! Ges. gesch. Erfolg verblühend. Kinderleicht anzuwenden. Doppelpackung Mk. 1,50. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten. Zu haben in den früher in diesem Blatte genannten sämtlichen Verkaufsstellen. Bei Einsend. von Mk. 1,90 Franko-Zus. n. Ausw. d. den Gen.-Vertr. H. A. Groesel, Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 49. Tel. Karfürst 4741. [22211]

Spezialarzt

Dr. med. Colemann für Haut-, Harn-, Frauenleiden nerv. Schwäche, Beinranke, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsdrang. Königstr. 34-36, Stadtbnf. Alexanderpl. Spr. 10-1 u. 3-8, Sonn- 10-1.

Allgemeine Familienherbelle

zu Berlin.

Sonntag, den 5. August 1917, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn M. Weyl, Gerichtstraße 12/13:

Mitgliederversammlung.

- Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes pro 1916/17.
 2. Kassenbericht des Kassendirektors und Bericht der Revisoren.
 3. Festsetzung der Entschädigung für den Vorstand und die Revisoren.
 4. Bibliotheksorgan. 2007*
 5. Neuwahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder. Zu wählen sind: 2 Stellv. Vorsitzender, erster Schriftführer, Revisor, ein Beisitzer, drei Revisoren.
 6. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Urkunde über die Mitgliedschaft ermächtigt sowie päpstliches Erscheinen.
- J. H.: Karl Fabian, Stellv. Vorsitzender, Berlin, Bernauer Str. 113.

Kranken-, Sterbe- und Zulassungsfälle für männl. Personen aller Berufe Groß-Berlins.

Am Montag, d. 20. August 1917, abends 8 Uhr, Sophienstraße 5, bei Hummel:

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. [2007]s Der Vorstand.
2. Georgiewitz

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?

Sämtliche Systeme am Lager nach Maß gefertigt, sowie Bruchbandagen aller Art.

Artikel 2. Gesundheits- und Krankenpflege.

Pollmann, Bandagist, Berlin N., Lothringer Str. 60. * Lieférant für Krankenkass.

Forel, Prof. A., Die sexuelle Frage. Volksausgabe 2,80 M. Buchhandlung Bornwärd, Lindenstraße 2.

